

Geschichte und Gesellschaft

Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft

Herausgegeben von

Werner Abelshauser / Gisela Bock / Ute Frevert /
Wolfgang Hardtwig / Manfred Hildermeier / Wolfgang Kaschuba /
Jürgen Kocka / Dieter Langewiesche / Jürgen Osterhammel /
Hans-Jürgen Puhle / Reinhard Rürup / Wolfgang Schieder /
Klaus Tenfelde / Hans-Peter Ullmann / Hans-Ulrich Wehler /
Hartmut Zwahr

Sonderheft 19:
Struktur und Ereignis

Vandenhoeck & Ruprecht
in Göttingen

Struktur und Ereignis

Herausgegeben von

Andreas Suter und Manfred Hettling

Vandenhoeck & Ruprecht
in Göttingen

Strukturelle Zwänge und zufällige Geschehnisse

Die Selbstauflösung der französischen Republik
in Vichy am 10. Juli 1940

von Ivan Ermakoff

I. Einleitung. In seinem Überblick über die verschiedenen Konzeptionen von Zeitlichkeit in der vergleichenden Soziologie hat Sewell betont, Kontingenz sei in der Geschichte „global“ und „radikal“: der „Verlauf der Geschichte wird durch eine Abfolge größtenteils zufälliger Ereignisse bestimmt.“¹ In diesem Aufsatz überprüfe ich diese These, indem ich einen typischen Ereigniszusammenhang zu isolieren versuche, in welchem zufällige Ereignisse – d. h. Ereignisse, die entweder trivial oder hinsichtlich ihrer Ursachen unmotiviert sind – historische Bedeutung gewinnen. Können wir irgend etwas Systematisches über die Bedingungen aussagen, unter denen solche Ereignisse ihre Effekte produzieren? Dieser Frage liegt die Vermutung zugrunde, daß es Zeiten gibt, in denen „Vorfälle“ kollektive Situationen entscheiden können, und solche, in denen sie dies nicht tun. Ich teste die Relevanz dieser Hypothese durch die Untersuchung einer Kollektiventscheidung, die insofern ein historisches Ereignis *par excellence* war, als sie sowohl überraschend war und entscheidende Konsequenzen hatte: Die Abstimmung der französischen Nationalversammlung vom 10. Juli 1940, in der Marschall Pétain die verfassungsgebende Macht übertragen wurde.

Mein Argument ruht auf drei Punkten. Der erste ist, daß zufällige Ereignisse eine signifikante Kausalwirkung haben können, wenn sie einen Beitrag zur Entstehung konvergierender Erwartungen hinsichtlich des als wahrscheinlich betrachteten Verlaufs der weiteren Ereignisse leisten. Triviale oder unmotivierte Ereignisse sind in dem Ausmaß von Bedeutung, wie sie die Dynamik kollektiver Entscheidungen beeinflussen. Zweitens verändern nicht alle Vorfälle Kollektivsituationen auf diese Weise. Die Akteure achten besonders auf jene Ereignisse, von denen sie annehmen, daß ihre Kollegen sie als implizite Signale eines Koordinationsprozesses interpretieren. In diesem Zusammenhang spielen die Stellungnahmen und das Verhalten der Führungspersonen eine wichtige Rolle. Drittens findet dieser Prozeß der Koordination von Überzeugungen am wahrscheinlichsten in „Situationen gegenseitiger Unsicherheit“ statt. In solchen Situationen sind Akteure mit einem ähnlichen Entscheidungsproblem konfrontiert – sie sind über die Präferenzen ihrer Kollegen hinsichtlich der bevorstehenden Entscheidung verunsichert

und befürchten hohe Kosten, falls sie sich als einzige für eine bestimmte Option entscheiden.

Für dieses theoretische Problem mag die Übertragung der verfassungsgebenden Macht an Marschall Pétain im Juli 1940 auf den ersten Blick als abwegiges Beispiel erscheinen. War die Abstimmung nicht durch die Umstände und strukturelle Zwänge überdeterminiert? Nach landläufiger Meinung hatten die Deputierten, die sich in Vichy zusammenfanden, keine große Wahlmöglichkeit: Die Dritte Französische Republik war militärisch besiegt worden; ein paar Kilometer entfernt stand die deutsche Armee. Pétain präsentierte sich als der Einzige, der dazu imstande war, das Land aus diesem Alptraum herauszuziehen. Was sonst hätte unter diesen Bedingungen getan werden können? Ist es überhaupt sinnvoll, das Ereignis als „zufälliges Geschehnis“ zu analysieren?

Eine gründliche Untersuchung des Ereignisses läßt die vermeintliche Simplizität dieser Darstellung jedoch zweifelhaft erscheinen. Anfänglich tendierten die französischen Parlamentarier nämlich dazu, sich jeder Übertragung der verfassungsgebenden Macht zu widersetzen, die den Weg für ein autoritäres Regime freigab. Mehrmals schien es, diese Widerstandsstimmung würde die Oberhand gewinnen. Obwohl Gerüchte und Drohungen weitläufig gestreut wurden, gab es keine Anzeichen, daß die Deutschen daran Anteil hatten. Ebenso war auch Laval's ominöse Warnung, daß ein Militärputsch ausgeführt werden könnte, falls die Parlamentarier sich gegen eine Übertragung der verfassungsgebenden Macht sperrten, unglaublich. Die zentrale Frage bleibt daher: Warum hielt die große Mehrheit der Deputierten und Senatoren in Vichy – entgegen ihren anfänglichen Präferenzen – schließlich ihre kollektive Abdankung für notwendig?

Ich untersuche dieses Ergebnis als Resultat eines kollektiven Prozesses der Erwartungsformierung und beschreibe verschiedene „Wendemomente“, in denen die Parlamentarier kollektiv zwischen Abdankung und Widerstand schwankten. In diesen kritischen Momenten achteten die Parlamentarier besonders auf die öffentlichen Stellungnahmen ihrer Anführer, um *Fokuspunkte*² über den zu treffenden kollektiven Entschluß und das vermutliche Verhalten ihrer Kollegen zu gewinnen. Dafür analysiere ich die der Situation innewohnenden strategischen Zwänge. Die Parlamentarier mußten sich in einem unsicheren Kontext entscheiden. Sich als Einzelner zu widersetzen, konnte möglicherweise kostspielig werden, denn es erhöhte die Möglichkeit von Repressalien. Für die Abdankung zu optieren, ohne die Entscheidung seiner Kollegen ins Kalkül zu ziehen, konnte heißen, zum Verräter an der republikanischen Sache zu werden. Jeder Deputierte vollführte daher einen Drahtseilakt und mußte seine Entscheidung sorgfältig abwägen. Es war somit von entscheidender Bedeutung richtig einzuschätzen, wie sich die große Mehrheit der Deputierten verhalten würde.

1 W. H. Sewell jr., Three Temporalities: Toward an Eventful Sociology, in: T. McDonald (Hg.), The Historic Turn in the Human Sciences, Ann Arbor 1996, S. 247.

2 Fokuspunkte, d. h. hervorspringende Merkmale, nach T. C. Schelling, The Strategy of Conflict, Cambridge 1960 („focal points“).

Die kollektive Koordination in Vichy war hochgradig problematisch. Die Nationalversammlung war in vielerlei parlamentarische Gruppierungen fragmentiert, und den meisten dieser Gruppierungen fehlte jeglicher Fraktionszwang. Darüber hinaus zersplitterten parteiübergreifende Konflikte über außenpolitische Fragen aus den Vorkriegsjahren die parlamentarischen Delegationen derart, daß sie politisch beinahe machtlos waren. Die Delegierten sahen sich also mit einem grundsätzlichen Problem mangelhafter Information konfrontiert: die Situation war unerwartet, die Parteidelegationen waren ohne Zusammenhalt, deshalb wußten die Parlamentarier nicht, wie sich die meisten ihrer Kollegen zur Frage der Machtübergabe verhalten würden. Dennoch wußte jeder einzelne Delegierte, daß für ihn der Nutzen seiner Wahl auch dadurch bestimmt wurde, wie sich die anderen entscheiden würden.

Dieser Aufsatz argumentiert, daß die Parlamentarier die „Stimmung“ der Mehrheit ermittelten, indem sie sehr genau auf die öffentlichen Äußerungen und Verhaltensweisen der parlamentarischen Leitfiguren achteten. Die Delegierten interpretierten diese Aussagen und Verhaltensweisen als zuverlässige Anzeichen konvergierender Erwartungen: Da sie öffentlich waren, waren die Stellungnahmen der Führungsfiguren allen Beteiligten gleichermaßen bekannt. In der Abwesenheit eines formalen Handlungsrahmens spielten diese öffentlichen Stellungnahmen eine Schlüsselrolle in der Koordination von Erwartungen. Die Parlamentarier billigten die Aussicht auf eine kollektive Abdankung, als klar wurde, daß unter den führenden parlamentarischen Persönlichkeiten niemand die Idee einer Übertragung der verfassungsgebenden Macht an Pétain ernsthaft in Frage stellen würde. Die in Vichy anwesenden parlamentarischen Führer der Dritten Republik schwiegen entweder oder flüchteten sich in ambivalente Äußerungen.

Diese wenigen Bemerkungen haben eine breitere Bedeutung für unser Verständnis vom Zusammenhang zwischen Struktur und Ereignis und von der Vorstellung historischer Kontingenz. Unter bestimmten Umständen – etwa wenn eingeschliffene Routinen zusammenbrechen und die Akteure kollektiv mit einem strategischen Dilemma konfrontiert sind – können zufällige oder unerwartete Geschehnisse erhebliche Resonanz haben. Bedingungen, die in dem Sinn als „strukturell“ bezeichnet werden können, daß sie sich „jenseits der manipulativen Kontrolle jeder einzelnen Gruppe und jedes einzelnen Individuums“ (Skocpol)³ befinden, tragen insofern zur Entstehung solcher Situationen bei, als sie die Koordination behindern, Unsicherheit fördern und die Chancen erhöhen, daß Akteure sich selbst und ihre Kollegen gleichermaßen als in einem strategischen Dilemma gefangen betrachten. Im Juli 1940 verursachten sowohl die Beschaffenheit des Parteiensystems als auch zeitgenössische politische Konflikte die politische Fragmentierung, verwischten die Demarkationslinien zwischen den politischen Gruppierungen

3 T. Skocpol, *Cultural Idioms and Political Ideologies in the Revolutionary Reconstruction of State Power: A Rejoinder to Sewell*, in: *JMH* 57.1985, S. 86–96, hier S. 86.

gen und schwächten die Möglichkeit zur Koordination. Der kombinierte Effekt dieser Faktoren bestand darin, die Unentschlossenheit und Unsicherheit der französischen Parlamentarier just dann zu vergrößern, als sie vor der schwierigen Wahl standen, entweder ihren republikanischen Glauben zu brechen oder das Risiko einer direkten Konfrontation mit den neuen Machthabern einzugehen.

Diese strukturellen Faktoren bestimmten als solche jedoch nicht das Ergebnis. Es wäre falsch zu behaupten, daß die französischen Parlamentarier im Juli 1940 nur die Option hatten, auf die verfassungsmäßige Macht zu verzichten. Diese These der „Alternativlosigkeit“ ist aus zwei Gründen irreführend. Erstens wurde die Wahrnehmung der Akteure von den Kosten ihrer Entscheidungsmöglichkeiten (Abdankung versus Widerstand) durch einen Prozeß kollektiver Interaktion geprägt, der in einem beträchtlichen Ausmaß eine eigene Logik entwickelte und daher nicht auf seinen strukturellen Kontext reduziert werden kann. Das erklärt, weshalb – wie eine genaue Untersuchung des Ereignisablaufs zeigt – die Parlamentarier ihren Handlungsspielraum innerhalb weniger Tage so unterschiedlich einschätzten. Zweitens wurde die Art und Weise, in der die Parlamentarier ihre Erwartungen über die zukünftige Entscheidung ihrer Kollegen veränderten, durch das Verhalten der Leitfiguren beeinflusst, die besonders im Rampenlicht standen. Deren Verhalten wirkte als Signal, ihm kam die Rolle des Züngleins an der Waage zu. Doch lassen sich diese Signale nicht streng strukturell erklären.

II. Konzeptionelle Begriffe. Eingangs müssen einige begriffliche Schwierigkeiten geklärt werden. Eine dieser Schwierigkeiten bezieht sich auf die Kategorie des historischen Ereignisses. Wenn wir uns auf ein „Ereignis“ wie „die Französische Revolution“ oder „die militärische Niederlage vom Juni 1940“ beziehen, bündeln wir eine Vielfalt von Handlungen und Entscheidungen unter demselben Namen und abstrahieren sie dabei aus dem Zeitfluß der Chronologie, der „Unendlichkeit des Geschehens“.⁴ In mehr oder weniger expliziter Weise schreiben wir diesem Bündel von Handlungen zeitliche Grenzen zu. Von dieser Warte aus betrachtet ist ein historisches Ereignis immer ein Konstrukt. Es wird – um die kantianische Terminologie zu verwenden – durch einen Akt „synthetischer Urteilskraft“ konstruiert, ist in eine retrospektive Perspektive eingebettet und basiert auf der Annahme, daß die Handlungen, die unter diesem Begriff gefaßt werden, – als Ganzes genommen – die gleiche Tragweite haben.

Dieses Konstrukt eignet sich allerdings auch für eine realistische Interpretation: Wir fügen das synthetische Verständnis einer chronologischen Sequenz (das „Ereignis“) mit den verschiedenen Geschehnissen, die den Rohstoff dieser Sequenz konstituieren, zu einem Ganzen zusammen. Dadurch

4 R. Koselleck, *Ereignis und Struktur*, in: ders. u. W.-D. Stempel (Hg.), *Geschichte – Ereignis und Erzählung*, München 1973, S. 560–570, hier S. 560.

verdinglichen wir diese Geschehnisse als eine distinkte und relativ autonome Entität, die manchmal mit den Attributen eines handelnden Subjekts versehen wird (wenn wir zum Beispiel sagen, daß ein Ereignis wie etwa die Französische Revolution die Bedingungen für nachfolgende Konsequenzen „schuf“). In diesem Aufsatz liegt der Fokus primär auf den einzelnen und separaten Geschehnissen (auf mündlichen Aussagen, konfliktgeladenen Wortwechseln, persönlichen Gesprächen, individuellen und kollektiven Entscheidungen), die den Rhythmus der Versammlungen in Vichy bestimmten. Ich beziehe mich auf die „Übertragung der verfassungsgebenden Macht an Pétain“ als das historische Ereignis, welches diese Mikro-Geschehnisse von einer systematischen Warte zusammenfaßt.

Das zweite Problem ist die Definition der „zufälligen Ereignisse“. Normalerweise verstehen wir hierunter ein Geschehen, das gleichzeitig von seinem Inhalt her belanglos ist und keine vorhersehbaren Folgen hat. Zwar wird einem „Ereignis“ eine Wirkung zugeschrieben, doch diese Folge ist „zufällig“ bezüglich seiner Ursache. Ein Ziegel fällt vom Dach und trifft einen vorbeigehenden Fußgänger. Wenn sich dies in einem Dorf ereignet hätte, das von seinen Einwohnern verlassen wurde, würde der Vorgang kaum die Qualität eines „Ereignisses“ haben. Lediglich dadurch, daß der Vorgang den Verlauf menschlichen Handelns in Unruhe versetzt, wird er zum Ereignis. Den Charakter des Zufälligen verleiht ihm die Tatsache, daß der Vorgang das Produkt zweier Kausalketten ist, die sich interdependent zueinander entfalten: die Kombination der Faktoren, die den Fall des Ziegels verursachten und die Verbindung von Ereignissen, die den Fußgänger dazu veranlaßten, sich just an dem Moment dort aufzuhalten, wo ihn der Ziegel traf.

Das Beispiel des Ziegels hat eine besondere Qualität, weil es die Handlung eines unbelebten Objekts beschreibt. Kann es auch auf die Sphäre sozialen Handelns übertragen werden? Zwei Kriterien scheinen mir für die Konzeptionalisierung zufälliger Ereignisse relevant zu sein, wenn wir es mit sozialen Interaktionsprozessen zu tun haben. Das eine betrifft den Umfang der Kausalwirkung. Ein zufälliges Ereignis betrifft Kausalbeziehungen, deren Umfang begrenzt ist. Eine wichtige Dimension ist in dieser Hinsicht die Anzahl der beteiligten Akteure. Je geringer deren Anzahl ist, desto beschränkter ist das Netz von Ursachen, die das Geschehnis möglich machen. Die einzelne und anonyme Handlung, die von einem Individuum durchgeführt wird, ist hier der Extremfall. Das zweite Definitionsmerkmal ist, daß die Folgen nicht intendiert sind. Die Auswirkungen der Handlung sind weder geplant noch beabsichtigt. Wir können ihrer Entstehung keine Motivation zuschreiben (außer wir interpretieren sie als Zeichen einer wie auch immer gearteten göttlichen Absicht).⁵

5 Diese beiden Dimensionen fassen den trivialen Charakter zufälliger Ereignisse zusammen: Sie sind sowohl hinsichtlich ihres kausalen Umfangs als auch hinsichtlich der Art der Motivationen „trivial“, die ihre Hervorbringung beinhaltet. In der selben Weise kön-

Was bedeutet es dann, ein zufälliges Ereignis als „historisch bedeutsam“ zu bezeichnen oder ihm „kausale Signifikanz“ zuzusprechen? Im Rahmen dieses Aufsatzes ist ein Ereignis dann historisch bedeutsam, wenn es kollektive Implikationen hat, d. h., wenn es einen Wandel in der Art und Weise herbeiführt, wie Gruppen denken und sich verhalten. Ein Maßstab der historischen Signifikanz (oder kausalen Relevanz) ist die Anzahl der Akteure, die von dem Geschehnis betroffen werden. Dieser Ansatz verweist auf die Diskrepanz zwischen Folgen und Ursachen: Zufällige Ereignisse, die historisch signifikant sind, haben „Folgen“, die mit ihren Ursachen nicht vergleichbar sind (m. a. W.: kleine Ursache, große Wirkung). Die Ursachen sind aus den Gründen „klein“, die oben unter den Stichworten Umfang der Kausalwirkung und Motivationslosigkeit beleuchtet wurden. Umgekehrt sind die Folgen „groß“ wegen der Anzahl der davon betroffenen Menschen.⁶

Zurück zur Ausgangsfrage: Ist es möglich, Situationen zu bestimmen, in denen zufällige Ereignisse kollektive Auswirkungen haben? Hier werden Situationen untersucht, in denen kollektive Unsicherheit das dominante Situationsmerkmal darstellt und interpersonale Kontakte eine untergeordnete Rolle im Entscheidungsprozeß spielen. Nehmen wir zum Beispiel eine Situation, in der die Mitglieder einer Gruppe mit zwei Entscheidungsmöglichkeiten konfrontiert und in der ihre Entscheidungen voneinander abhängig sind: Der Nutzen individueller Entscheidungen hängt davon ab, wie sich die anderen Gruppenmitglieder entscheiden. Sich allein und isoliert zu entscheiden, hat hohe Risiken. Außerdem sind sich die Akteure nicht über die Präferenzen ihrer Kollegen im klaren. Es existieren auch keine institutionalisierten Verfahren, um diese Präferenzen einzuschätzen. Deshalb sind sie unsicher, wie sie handeln sollen und sind so schließlich auch über ihre eigenen Präferenzen verunsichert.

Ich bezeichne diesen Situationstyp als „Situation wechselseitiger Unsicherheit“. Solche Situationen können paradigmatisch in der Terminologie von Schellings *N-person* „Koordinationsspiel“⁷ gefaßt werden: Spieler, die mit einer Reihe von Wahlmöglichkeiten konfrontiert sind, können nur dann einen

nen Ereignisse, die unreflektiert oder mechanisch verursacht werden, als „zufällig“ bezeichnet werden. Das routinierte Verhalten eines einzelnen Individuums ist ein Beispiel dafür. Ein solches Verhalten eignet sich für eine einfache Kausalbeschreibung (das Individuum verhält sich auf diese Art, weil es seiner Routine entspricht) und kann durch eine „unmittelbare“ Ursache (die Situation, die die Routine auslöst) erfaßt werden.

6 Um zu dem trivialen Beispiel zurückzukehren, das oben angeführt wurde: Man stelle sich nur einmal vor, daß der Fußgänger, der von dem Ziegel getroffen wurde, ein Armeegeneral war, der seine Armee zum Schlachtfeld führte, daß der Armeegeneral aufgrund dieses Zwischenfalls außerstande war, seine Funktion zu erfüllen, daß – als Folge – sein orientierungsloser Stab einige zentrale taktische Fehler beging, die zu einer vernichtenden Niederlage führten. In diesem Fall wird der Fall des Ziegels zu einem Faktum mit historischer Signifikanz.

7 Schelling, S. 89–99.

Vorteil aus ihrer Wahl ziehen, wenn sie sich am Ende alle für die gleiche Option entscheiden. Um dieses Resultat zu erreichen, müssen sie ihre Handlung koordinieren.⁸ Die Besonderheit der Situation, die hier in Betracht genommen wird, ist, daß die Spieler sich nicht auf ein formelles Hilfsmittel auf der Gruppenebene verlassen können, um diese Koordination zu bewerkstelligen. Sie haben ein Interesse daran, ihre Handlungen zu koordinieren, aber sie wissen nicht, in welche Richtung sich die Mitspieler wahrscheinlich bewegen werden. Für jeden einzelnen Akteur besteht das strategische Kernproblem darin, das Dilemma zu lösen, das durch wechselseitige Unsicherheit erzeugt wurde. Mit anderen Worten: die Spieler benötigen kongruente Erwartungen über das zukünftige Verhalten der jeweils anderen.

Diese Unsicherheit kann durch einen kollektiven Prozeß der Erwartungsformierung gelöst werden, wobei einzelne Akteure öffentliche Ereignisse als Signale für eine kollektive Koordination deuten. Der Ausgangspunkt dieses theoretischen Szenarios ist, daß die Akteure (meist implizit) „wissen“, daß die Lösung des Dilemmas, dem sie gegenüberstehen, nur eine gemeinsame sein kann.⁹ Da ihre wechselseitige Unsicherheit den interdependenten Charakter ihrer Überzeugungen und Interessen reflektiert, „wissen“ sie auf ähnliche Weise auch, daß die kollektive Lösung, die sie sich ausdenken müssen, ebenfalls auf „gemeinsamem Wissen“ und irgendeiner Form der Interdependenz basieren muß.¹⁰ Öffentliche Ereignisse befriedigen genau dieses Erfordernis: Da diese Ereignisse öffentlich sind, kann jeder Akteur annehmen, daß alle anderen sie ebenfalls zur Kenntnis genommen haben. Dieser Gesichtspunkt gilt insbesondere für die öffentlichen Stellungnahmen und das öffentliche Verhalten derjenigen Akteure, die aufgrund ihrer repräsentativen oder exekutiven Mandate allgemein als Führungspersonen wahrgenommen werden.

Daher erhält das öffentliche Verhalten von Führungspersonen in „Situationen wechselseitiger Unsicherheit“ die funktionale Bedeutung von *Fokuspunkten*.¹¹ Die Parlamentarier beziehen sich auf diese *Fokuspunkte*, um ihre Überzeugungen über das wahrscheinliche Ergebnis zu koordinieren. Das ist

8 Schelling betont, daß „im reinen Koordinationsspiel die Interessen konvergieren“; ebd., S. 86. Die Mitspieler haben ein Interesse daran, das gleiche Endergebnis zu wählen.

9 Es ist wichtig zu betonen, daß „Wissen“ – so wie es hier verstanden wird – nicht notwendigerweise mit einer selbstreflexiven Tätigkeit assoziiert ist. Akteure „wissen“ insofern, daß das Dilemma, welches sie zu lösen haben, kollektive Auswirkungen hat, da diese kollektive Dimension ihr Verständnis der Situation prägt. Sie definieren die Situation, in der sie sich befinden, als in einen kollektiven Kontext eingebettet, sind sich aber nicht notwendigerweise bewußt, daß sie die Situation auf diese Weise wahrnehmen. Dieselbe Beobachtung gilt für den kognitiven Prozeß, wodurch die Akteure kollektiv die strategische Unsicherheit überwinden.

10 Der Begriff des „gemeinsamen Wissens“ wird in seinem spieltheoretischen Sinn benutzt, um einen „infiniten“ Regreß hinsichtlich des Wissens des einen über das Wissen des anderen und umgekehrt anzuzeigen: „ich weiß, daß Du weißt, daß ich weiß, ...“.

11 Schelling, *Strategy of Conflict*, S. 60.

ein zweifacher Prozeß: Jeder Akteur deutet das öffentliche Verhalten eines Führers im Lichte seiner wahrscheinlichen Auswirkung auf die Neigung der Parlamentarier, sich für den einen oder anderen Handlungsweg zu entscheiden. In Zeiten kollektiven Durcheinanders vermindern Schweigen, Passivität oder öffentliche Ambivalenz der herausgehobenen Akteure die Möglichkeit, daß eine Gruppe ihr Verhalten gegen Zumutungen von außen koordinieren kann. Das erschwert es einem einzelnen Akteur, öffentlich eine abweichende Position zu beziehen, da es für ihn kostspieliger und unsicherer würde.

Gleichzeitig – und dies ist die zweite Dimension des Prozesses – nimmt jeder einzelne an, daß jeder andere in der Gruppe die gleichen Schlußfolgerungen zieht (Homologieannahme). Um zum Beispiel den entgegengesetzten Fall eines Führers zu nehmen, der Kampfgeist an den Tag legt, während die allgemeine Unsicherheit ihren Höhepunkt erreicht: Die Hinterbänkler werden dieses öffentliche Verhalten nicht nur als Anzeichen nehmen, daß ihre Kollegen wahrscheinlich individuell eine den Widerstand favorisierende Position beziehen werden. Sie werden außerdem annehmen, daß jeder einzelne dieses Verhalten in ähnlicher Weise deuten wird. Diese Annahme ist von entscheidender Bedeutung für die Entstehung konvergierender Erwartungen über die Wahrscheinlichkeit eines Ergebnisses (in diesem Fall der Aussicht auf kollektiven Widerstand). Sie erklärt, warum eine öffentliche Aussage einen kollektiven Überzeugungswandel zu initiieren vermag.

III. Die Abstimmung vom 10. Juli 1940. Nach Monaten des angespannten Wartens begann die deutsche Offensive am 10. Mai 1940. Innerhalb von fünf Tagen durchbrachen die deutschen Armeen die Verteidigungslinien an der Maas. Am 14. Juni marschierten sie in Paris ein, während sich die französische Regierung auf der Flucht nach Bordeaux befand. Mit einer wachsenden Opposition der Minister konfrontiert, die einen Waffenstillstand befürworteten, trat der konservative Premier Paul Reynaud am 16. Juni zurück. Am nächsten Tag wurden Marschall Pétain vom Präsidenten Lebrun zum Premierminister ernannt. Am 22. Juni – sechs Tage später – unterzeichnete die französische Regierung ein Waffenstillstandsabkommen mit Deutschland.

Da sich Bordeaux in der im Waffenstillstand mit Deutschland vereinbarten besetzten Zone befand, verließ die französische Regierung Ende Juni die Stadt, wandte sich zunächst nach Clermont-Ferrand und zog anschließend in die Kleinstadt Vichy um. Am 5. Juli wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die Deputiertenkammer und der Senat zusammengerufen würden, um „über einen Gesetzentwurf abzustimmen, welcher der Regierung Marschall Pétains erlauben würde, Frankreich die neue Verfassung zu geben, die durch die Umstände erforderlich geworden sei.“¹² Der Inhalt dieses Gesetzentwurfs wurde den Deputierten und Senatoren am 8. Juli mitgeteilt: „Die Na-

12 Offizielle Verlautbarung, wie in der *Dépêche de Toulouse* vom 5.7.1940 abgedruckt.

Tabelle 1: Abstimmung in der Nationalversammlung am 10. Juli 1940.

	ja	nein	Enthaltung	Abwesende	Passagiere Massilia
<i>Linke</i>					
UPF	7	3	0	3	1
SFIO	90	36	6	34	8
USR	20	0	0	7	0
<i>Mitte</i>					
GI	5	6	0	5	1
Radicales	171	27	10	50	13
GD	31	0	10	4	0
DP	11	2	0	1	0
UDR*	25	0	0	6	0
Alliance	34	2	1	5	0
<i>Rechte</i>					
Agraire	8	0	0	2	0
Action Populaire	10	0	0	5	1
RIAS	23	1	0	2	0
Union Rep.*	41	0	1	17	0
Independants républicains	6	0	0	5	1
Action Nat.*	11	0	0	6	0

Quelle: Journal Officiel, Chambre des députés, 22.7.1948; Annexe au Procès-Verbal de la séance du Mercredi 10 juillet 1940; Sagnès, 1991, S. 568; Miquel, 1994, S. 275–306.

UPF	Union Populaire française (Ehemalige Kommunisten)
SFIO	Section Française de l'Internationale Ouvrière
USR	Union socialiste Républicaine
GI	Gauche Indépendante
Radicales	Groupe républicain radical et radical-socialiste (Abgeordnetenversammlung), Groupe de la Gauche démocratique, radicale et radicale socialiste (Senat)
GD	Gauche démocratique et radicale indépendante
DP	Groupe démocrate populaire
UDR*	Union démocratique et libérale
Agraire	Groupe agricole indépendant
RIAS	Républicains indépendants et d'action sociale
Action Nat.*	Groupe d'action nationale, républicaine et sociale

* Gruppierungen nur im Senat.

Die sozialistischen Gruppierungen im Senat und in der Abgeordnetenversammlung sind zusammengelegt worden.

tionalversammlung überträgt alle Regierungsmacht der Republik auf die Autorität und Unterschrift Marschall Pétains, des Ministerratspräsidenten [d. h. des Premierministers], um durch ein oder mehrere Gesetze die neue Verfassung des französischen Staates zu verkünden“. Der Text, der die Motive für diesen Gesetzentwurf darlegte, bezog sich auf die Notwendigkeit einer „nationalen Revolution“, in der Frankreich „im bittersten Moment seiner Geschichte [...] die Bedingungen für seine Rettung suchen sollte“.¹³

Der Gesetzentwurf öffnete den Weg für Verfassungsreformen und konnte daher nur von einer Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern, die als „Nationalversammlung“ zusammengekommen waren, verabschiedet werden. Die beiden Kammern zusammen bestanden ursprünglich aus 846 Parlamentariern. 61 Kommunisten hatten im Januar 1940 wegen ihrer Unterstützung für den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom August 1939 ihre Sitze verloren. 177 Parlamentarier nahmen nicht an den Sitzungen teil bzw. konnten nicht daran teilnehmen.¹⁴ Einige Deputierte waren während der deutschen Offensive gefallen oder in Gefangenschaft geraten. Andere konnten nicht rechtzeitig nach Vichy gelangen. So reisten zum Beispiel 27 Deputierte an Bord des Dampfers *Massilia* von Bordeaux nach Casablanca, weil sie annahmen, daß die Regierung nach Nordafrika umziehen würde.¹⁵

Am 9. Juli wurde jede Kammer separat gefragt, ob „es notwendig sei, die Gesetze der Verfassung einer Revision zu unterziehen.“ Die Deputiertenkammer verabschiedete diesen Vorschlag mit 395 zu 3 Stimmen. Der Senat billigte ihn mit 229 zu 1 Stimme. Daraufhin trat die Nationalversammlung am nächsten Tag zusammen. Eine Sonderkommission, die aus der Gesetzgebenden Kommission des Senats und der Allgemeinen Wahlrechtskommission der Deputiertenkammer bestand, überprüfte die Gesetzmäßigkeit des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfs und nahm ihn an. Nach einer kurzen Zusammenfassung der Beratung, die stattgefunden hatte, baten einige Parlamentarier darum, sprechen zu dürfen. Sie wurden niedergebrüllt. Der Gesetzentwurf wurde zur Abstimmung gestellt und mit 569 zu 80 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) angenommen (zur Aufschlüsselung der Abstimmung vgl. Tabelle 1).

IV. Ein Mangel an „wirklichen“ Alternativen? War dieses Ereignis unausweichlich? Man kann auf zweierlei Art argumentieren, daß dies der Fall war. Der einen Version zufolge mußten die Parlamentarier unter den Gegebenheiten der Zeit (der militärischen Niederlage und der Besetzung) zwangsläufig abdanken. Diese These liegt einer strukturalistischen Interpretation

13 Journal Officiel, Débats parlementaires, 11.7.1940.

14 J. Sagnès, Le refus républicain des quatre-vingts parlementaires qui dirent non à Vichy le 10 Juillet 1940, in: Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine 38.1991, S. 555–589, hier S. 564.

15 C. Rimbaud, L'Affaire du Massilia, Paris 1984, S. 68–168.

am nächsten. Die andere Version der „Alternativlosigkeitsthese“ unterstellt, daß die französischen Parlamentarier am 10. Juli 1940 deshalb mit „Ja“ stimmten, weil sie Vergeltungsmaßnahmen fürchteten. Druck und blanker Zwang hätten eine Ablehnung zu kostspielig erscheinen lassen, um sie ernsthaft zu erwägen. Diese beiden Argumentationsstränge werden in historischen Darstellungen oft miteinander verschmolzen, hier werden sie um der Klarheit der Erklärung willen voneinander unterschieden.

Die Deputierten und Senatoren hätten sich im Juli 1940 vernünftigerweise nicht für einen anderen Kurs entscheiden können, weil das Land militärisch besetzt war: Diese Ansicht liefert den Subtext der meisten Darstellungen, die das Ereignis als Sanktionierung eines Scheiterns interpretieren. Ferro führt diesen Gesichtspunkt wie folgt aus: Auch wenn die Parlamentarier sich theoretisch frei entscheiden konnten, fehlte ihnen aus politischer Perspektive die Möglichkeit dazu.¹⁶ Da eine Ablehnung des Gesetzentwurfs faktisch die Bedeutung eines Mißtrauensvotums gehabt hätte, hätte sie Pétains Rücktritt zur Folge gehabt. Ein solches Ergebnis hätte unvorhersehbaren Entscheidungen von deutscher Seite Tür und Tor geöffnet. Es wäre einem Sprung in den Abgrund gleichgekommen.¹⁷ Die Befürworter des Gesetzentwurfs versuchten, die Situation auf diese Weise zu beschreiben. Nach Aussage des konservativen Senators Jean Taurines beschwor Pierre Laval, der zwei Wochen zuvor zum Vizepremierminister ernannt worden war und Pétains Position vertrat, bereits am 4. Juli die Drohung von „Arbeitslagern“ herauf. „Falls sich das Parlament nicht fügt, wird Deutschland all diese Maßnahmen verhängen – mit der unmittelbaren Konsequenz der militärischen Besetzung des gesamten [französischen] Territoriums.“¹⁸

Waren solche politischen und rechtlichen Überlegungen im Juli 1940 weit verbreitet? *Erstens* bestand die Alternative nicht zwischen der Übertragung der verfassungsgebenden Macht an Pétain einerseits oder einem „Sprung in den Abgrund“ andererseits. Diese Art, die Situation zu deuten, setzte bereits voraus, daß Pétain diese Macht zugestanden werden mußte, um eine neue Verfassung zu schreiben. Tatsächlich erforderte die Situation, die durch den Waffenstillstand zustande kam, weder eine Übertragung der verfassungsgebenden Macht noch implizierte sie die Einrichtung eines autoritären Regimes.

16 M. Ferro, Pétain, Paris 1987, S. 133.

17 Der Essayist Maurice Martin du Gard, der sich im Juli 1940 in Vichy aufhielt, bietet dieselbe Interpretation an. Vgl. M. Martin du Gard, La Chronique de Vichy, Paris 1948, S. 40.

18 J. Taurines, Tempête sur la République, St. Etienne 1944, S. 10 (diese Aussage wurde 1940 verfaßt). Vgl. hierzu auch die Aussagen von Louis Gros, Louis Noguères, Vincent Badie und Jules Moch: L. Gros, République Toujours, Avignon 1945, S. 57; Rapport fait au nom de la commission chargée d'enquêter sur les événements survenus en France de 1933 à 1945: Témoignages et Documents recueillis par la commission d'enquête parlementaire, Assemblée Nationale, Paris 1947, VII, S. 2232, VIII, S. 2273 (fortan als „Événements“ mit Band- und Seitenangabe zitiert); J. Moch, Rencontres avec Léon Blum, Paris 1970, S. 274.

„Ein Waffenstillstandsregime, das Frankreich verwaltete, um – wie in Belgien und den Niederlanden – lediglich das Funktionieren der zentralen Verwaltungs- und Versorgungsleistungen während dieser Interimsperiode sicherzustellen, wäre“, betont Paxton, „eine echte Alternative gewesen.“¹⁹ Diese Position nahm zuerst auch der Präsident der rechten *Alliance Démocratique*, Pierre-Etienne Flandin, ein, als er sich am 7. Juli mit dem Thema der Regierungsvorlage auseinandersetzte: „Die Verfassung ändern? [...] Warum denn? Welche Notwendigkeit besteht denn, Institutionen zu verändern, deren Hauptfehler darin zu suchen ist, daß wir sie nicht respektiert haben?“²⁰

Eine Alternative wäre zum Beispiel gewesen, Pétain mit umfassenden Exekutivkompetenzen auszustatten, um mit der Situation umzugehen, die durch die militärische Besetzung entstanden war. Diese Lösung hätte den großen Vorteil gehabt, daß einerseits eine politische Krise hätte vermieden werden können, während andererseits Pétain in seiner Rolle als nationaler Retter und Protektor bestätigt worden wäre. Das war exakt, worauf die Gegenvorschläge abzielten, die in Vichy vom konservativen Senator Jean Taurines und dem radikalsozialistischen Deputierten Vincent Badie entworfen wurden.²¹ Diese beiden Vorschläge gestanden Pétain die Rolle eines durch die Krise erforderlich gewordenen römischen Diktators zu, ohne daß dabei die republikanischen Prinzipien angetastet wurden.

Zweitens – und dieser Aspekt vervollständigt die gerade gemachte Beobachtung – hingen die Debatten in Vichy keinesfalls vom Thema Waffenstillstand ab. Wie der gemäßigte Deputierte Paul Boulet (*gauche indépendante*) nach dem Krieg andeutete, stellte der Waffenstillstand zu dem Zeitpunkt, als die Parlamentarier in Vichy eintrafen, ein breit akzeptiertes *fait accompli* dar.²² Für die Deputierten und Senatoren bestanden die Kernfragen darin, ob Pétain ein verfassungsgebendes Mandat erhalten solle, das ihm erlaubte, republikanische Institutionen zu verwerfen, und ob sie, als republikanische Delegierte, das Risiko eingehen konnten, den Übergang zu einem autoritären Regime zu sanktionieren, das nach dem Vorbild Nazi-Deutschlands oder des faschistischen Italien entwickelt worden war.²³

19 R. O. Paxton, Vichy France, Old Guard and New Order, London 1972, S. 30.

20 L. Noguères Tagebuch, Événements, VII, S. 2236. Pierre-Etienne Flandin war 1933 und 1934 Premierminister und 1936 Außenminister. Pétains Außenminister Baudoin deutet in seinen Memoiren an, daß er anfänglich ernste Zweifel am Erfolg der Verfassungspläne Lavals hatte. Er hielt sie für gefährlich, weil sie „nur erfolgreich sein konnten, falls 480 Senatoren und Deputierte damit einverstanden waren, Selbstmord zu begehen“. Er wollte stattdessen Pétain die vollständige Regierungsmacht gewähren, während die Kammern des Parlaments auf unbestimmte Zeit pausieren sollten. Vgl. P. Baudoin, Neuf Mois au Gouvernement, Paris 1948, S. 222, 227.

21 Die Radikalsozialisten standen in der politischen Mitte, Badie auf dem rechten Parteiflügel.

22 Boulets Aussage, Événements, VII, S. 2223.

23 V. Badie, Vive la République, Toulouse 1987, S. 47. Wie der Senator Paul-Boncour es ausdrückte: „Das Problem war, ob wir beabsichtigten, zugunsten eines Mannes – wer auch

Die zweite Variante der „Alternativlosigkeitsthese“ wird in Begriffen des Zwanges formuliert: Diejenigen, die am 10. July mit „Ja“ stimmten, wurden von der Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen angetrieben.²⁴ Auf den ersten Blick spricht vieles für diese Argumentation. Daß Druck und Drohungen einen integralen Bestandteil des Entscheidungskampfs im Parlament darstellten, läßt sich schwerlich leugnen. Laval verbreitete das Gerücht, daß Weygand, Oberkommandeur der Streitkräfte und Verteidigungsminister im Kabinett Pétain, einen Putsch plane und daß er zweifelsohne die Macht übernehmen, falls die Deputierten die Regierungsvorlage ablehnten.²⁵ Laut Sadoun und Sagnès hatte diese Drohung mit einer Militärdiktatur einen erheblichen Einfluß auf die Abstimmung der Parlamentarier.²⁶ Weygand war für seine Verbindungen zur äußersten Rechten bekannt.²⁷ Die Parlamentarier *mochten* daher versucht gewesen sein, sich für eine weniger abenteuerliche Option zu entscheiden, die eben von dem Duo Laval und Pétain verkörpert wurde.²⁸

Ähnliche Beobachtungen können über die unmittelbaren Bedingungen angestellt werden, unter denen die Abstimmung stattfand. Die Parlamentarier sahen sich mit einer feindseligen Öffentlichkeit konfrontiert.²⁹ Léon Blum, der Führer der Sozialisten und ehemalige Premierminister wurde auf der Straße wiederholt beleidigt und seine engen Freunde (Marx Dormoy, Vincent Auriol, Marius Moutet, Felix Gouin) fürchteten um seine Sicherheit. Ein beeindruckender Kordon der *Gardes mobiles* riegelte das Gebäude ab, in dem die Nationalversammlung zusammentrat.³⁰ Im Inneren machten sich die Mitglieder der äußersten Rechten bemerkbar.³¹ Jacques Doriot, der rechtsextremistische Führer, rief dem Sozialisten Marx Dormoy, dem früheren Innenminister im Kabinett Blum, zu: „Wir werden Sie noch erwischen!“³² Der Innenminister Adrien Marquet riet Jules Moch, er solle sich

immer es sein mochte – auf die verfassungsgebende Macht zu verzichten, die nur der Nation und ihren Repräsentanten gehörte.“ Paul-Boncour, *Entre deux Guerres*, Paris 1946, S. 265.

24 R. Aron, *The Vichy Regime 1940–44*, London 1958, S. 124; P. Bouju u. H. Dubois, *La Troisième République*, Paris 1985, S. 124; W. Shirer, *The Collapse of the Third Republic. An Inquiry into the Fall of France in 1940*, New York 1969, S. 955; vgl. auch L. Blum, *Mémoires*, Paris 1955, S. 83.

25 P. Ramadier, *Vichy (Juillet 1940)*, in: *Cahiers Paul Ramadier* 1.1967, S. 51. Boulet spricht von einer staatsstreichartigen Atmosphäre. Vgl. *Événements*, VII, S. 2223.

26 M. Sadoun, *Les Socialistes sous l'Occupation, Résistance et Collaboration*, Paris 1982, S. 36; Sagnès, S. 559.

27 Blum, S. 84.

28 Sadoun, *Socialistes*, S. 36.

29 In seinem Tagebuch vermerkte General de Serrigny die Unpopularität der Parlamentarier: „5. Juli [...] Eine große Anzahl Parlamentarier halten sich hier auf; sie werden gewöhnlich ausgebuht, wenn sie ausgehen.“ in: *Archives Paul Reynaud* [74 AP 22].

30 Sadoun, *Socialistes*, S. 38.

31 P. Miquel, *Les Quatre-Vingts*, Paris 1994, S. 192.

32 Ebd.

vom Parlament fernhalten, falls er düstere Konsequenzen zu vermeiden wünsche.³³

Hätten die Parteigänger Lavals und Pétains im Juli 1940 keinen Druck ausgeübt, wäre das Ergebnis des Entscheidungskampfs aller Wahrscheinlichkeit nach anders ausgefallen. In einer Hinsicht bleibt die Erklärung durch die Zwangsthese jedoch defizitär. Implizit geht diese These davon aus, daß Drohungen effektiv seien, daß sie zwangsläufig Furcht und Unterordnung erzeugen. Das ist jedoch zweifelhaft. Es gibt *a priori* keinen Grund anzunehmen, daß Akteure sich zwangsläufig Druck und Einschüchterung beugen. Ungeachtet des oft retrospektiv vermittelten Eindrucks stand die kollektive Einwilligung der Parlamentarier in Vichy nicht von vornherein fest. Im Gegenteil: die Quellen deuten auf beträchtliche Fluktuationen in der „kollektiven Stimmung“ der Deputierten und Senatoren hin. Das bringt mich zu allgemeineren Ausführungen über die Bedeutung der Stimmabgabe – als Möglichkeit, eine Entscheidung zu treffen.

Im Juli 1940 weigerten sich 80 Parlamentarier (57 Deputierte und 23 Senatoren), Pétain die diktatorische Vollmacht zu gewähren (vgl. Tab.). Eine erhebliche Anzahl von ihnen – insbesondere diejenigen, die eng mit Léon Blum in Verbindung standen – wurde harsch für ihren angeblichen Anteil daran kritisiert, das Land in den Krieg geführt zu haben. Unter der Annahme, daß Drohungen und Druck die entscheidenden Einflußfaktoren für den Entschluß der Parlamentarier darstellten, sollen wir dann schlußfolgern, daß ausgerechnet diejenigen, die am 10. Juli die Gesetzesvorlage zurückwiesen, sich der Gefahren weniger bewußt waren, die mit ihrer Entscheidung zusammenhängen? Konkreter noch bedarf die Tatsache der Erklärung, daß die französischen Parlamentarier kollektiv Lavals Drohungen überhaupt Glauben schenkten. Wie Léon Blum in seinen Erinnerungen betont, hätten die Parlamentarier bloß einen Moment über die verschiedenen Szenarios nachdenken müssen, die ihnen von Laval und seinen Verbündeten präsentiert wurden, um erkennen zu können, wie unplausibel sie waren. Es gab keinen greifbaren Grund anzunehmen, daß ein Putsch gegen das Parlament inszeniert werden würde. Laval versuchte ganz offensichtlich, seine Zuhörer in die Irre zu führen.³⁴

Diese wenigen Bemerkungen verweisen auf das grundlegende Problem jedes Arguments, das im Rahmen der Zwangsthese operiert. Die Risiken und die Ungewißheit, die mit der Übergabe der Staatsmacht einhergehen, können

33 J. Moch, *Une si longue vie*, Paris 1976, S. 161.

34 Blum, S. 85 f. Taurines erkannte das ebenfalls. Er antwortete am 7. Juli Laval, nachdem dieser ihm und Jacquy eröffnet hatte, er (Laval) trete zurück und Weygand werde eine Diktatur errichten, falls ihr Gegenvorschlag Zustimmung fände: „Während der sogenannten informellen Versammlungen im Senat haben Sie – um der Revision der Verfassung von 1875 willen – die Deutschen als Schreckgespenst an die Wand gemalt. Heute kommen Sie uns mit General Weygand. Was werden Sie morgen aus dem Hut zaubern?“ Vgl. *Événements*, VIII, S. 2334.

groß genug sein, um Widerstand zu motivieren. Wenn man keine Garantie hat, daß man unter dem neuen Regime nicht zum Opfer von Vergeltungsmaßnahmen wird, erscheint die Abdankung nicht als rationaler Schritt.³⁵ Im übrigen lassen sich politische Akteure unter Umständen vielleicht eher auf das Risiko von Vergeltungsmaßnahmen ein, als ihre politischen Überzeugungen zu verraten. Kurzum, Zwang hat unbestimmbare Folgewirkungen. Drohungen und Druck erfordern keine bestimmte Verhaltensweise. Sie hätten hier genauso gut Widerstand provozieren wie eine Abdankung herbeiführen können.³⁶

Am Nachmittag des 8. Juli trafen sich ungefähr 60 sozialistische Deputierte und Senatoren (von 166 Sozialisten in beiden Kammern) im Hôtel d'Angleterre in Vichy, um darüber zu entscheiden, wie sie sich hinsichtlich der Frage des umfassenden Machttransfers verhalten sollten.³⁷ Die Anwesenden faßten den Entschluß, gegen Laval's Projekt zu stimmen, falls dieser nicht bereit sei, seinen Text zu ergänzen.³⁸ Nach den Erinnerungen der Akteure tendierte die allgemeine Stimmung zum Widerstand.³⁹ Insbesondere Blum beobachtete mit einem „Gefühl der Erleichterung und unbeschreiblicher Freude“ eine „spontane Übereinkunft“ unter den Anwesenden: „Der Sozialismus war entschlossen, die Republik nicht aufzugeben.“ Die Schlacht sollte am 10. Juli beginnen, wenn der Text des Gesetzentwurfs in der Nationalversammlung diskutiert werden würde. Blum erinnert sich außerdem, daß zu diesem Zeitpunkt von einigen politischen Führern (Pierre-Etienne Flandin, Edouard Herriot, Jules Jeanneney) erwartet wurde, starken Widerstand gegen den Entwurf zu leisten.⁴⁰

Diese Episode illustriert, daß das Spiel „offener“ und das Ergebnis unsicherer war, als ein Erklärungsansatz vermuten ließe, der mit strukturellen Zwängen oder situativem Druck argumentiert. Bezeichnenderweise taten Laval und seine Anhänger alles, was in ihrer Macht stand, um jene Parlamentarier zu beeinflussen, die eine gewisse Unabhängigkeit an den Tag legten, und um potentielle Opponenten daran zu hindern, ihre Meinung in der Öffentlichkeit zu äußern. Die Befürworter des Gesetzentwurfs der Regierung sparten keine Mühe, um die Debatten so kurz wie nur möglich zu

halten, als ob sie befürchteten, daß sie – wenn sie den Parlamentariern zu diskutieren erlaubten – ihnen eine Gelegenheit geben würden, sich zu kollektivem Widerstand zu formieren. Laut der Aussage Felix Gouins, eines sozialistischen Deputierten, „war alles so organisiert worden, daß sich die (parlamentarischen) Gruppierungen nicht treffen konnten“.⁴¹ In zwei Sitzungen am 9. Juli (die eine mit Beteiligung der Allgemeinen Wahlrechtskommission, die andere mit der Gesetzgebenden Kommission des Senats) bestand Laval darauf, die Diskussion des Gesetzentwurfs auf den folgenden Tag zu verschieben.⁴²

Das Ergebnis der Abstimmung war doppelt unsicher. Erstens betraf die Entscheidung sehr viele Akteure. Die Herausforderung richtete sich nicht an ein einzelnes Individuum oder eine kleine Gruppe von Führungspersonen, sondern an eine Körperschaft, die spezifische Verfahren der Entschlußfassung besaß und mit der Verpflichtung zur Abwägung vertraut war. In dem Maße, in dem Zahlen Macht konstituieren, kann man argumentieren, daß eine Versammlung sich *a priori* in einer besseren Position befindet als einzelne Individuen oder eine Regierung, wenn es darum geht, gegen einen Aufruf zum Rückzug Widerstand zu leisten. Zusätzlich kann eine repräsentative Körperschaft auf die Verfahren der kollektiven Entschlußfindung zurückgreifen, um den Auswirkungen von Zwang und Druck zu begegnen. Schließlich kann sich eine repräsentative Versammlung auf die konstitutionelle Legalität berufen, um (zumindest nominell) gegen andere Ansprüche auf absolute Souveränität opponieren zu können. Die kollektive Dimension der Entscheidung macht den Prozeß zugleich komplexer und ungewisser, denn die kollektiven Interaktionen besitzen ihre eigene Dynamik und daher auch Ungewißheit.⁴³

Die Unsicherheit des Ergebnisses *ex ante* reflektiert auch die Tatsache, daß die Parlamentarier während des Abstimmungsvorgangs als Entscheidungsträger handelten. Die Forderungen, die Laval stellvertretend für Pétain geltend machte, stellten die französischen Deputierten und Senatoren vor eine entscheidende Wahl: Legitimierung eines autoritären Regimes oder Be-

35 J. Elster, *Making Sense of Marx*, Cambridge 1985, S. 420.

36 Mit Bezug auf die Vichy-Episode berichtet Paxton, daß die Gefahr eines Militärputsches oder die Bedrohung durch die deutschen Armeen nach dem Krieg zu einem bequemen Alibi wurden, um den „Fauxpas“ oder den „Fehltritt“ zu entschuldigen. Vgl. Paxton, *Vichy France*, S. 24 f.; P. Burrin, *La Dérive Fasciste*, Doriot, Déat, Bergery, 1933–1945, Paris 1986, S. 37.

37 Sadoun, *Socialistes*, S. 34.

38 B. D. Graham, *Choice and Democratic Order*, The French Socialist Party, 1937–1950, Cambridge 1994, S. 249 f.

39 Blum, S. 79; Moch, *Longue Vie*, S. 271–73; V. Auriol, *Hier... Demain*, Paris 1945, S. 117; A. Malroux, *Avec mon père Augustin Malroux*, Albi 1991, S. 154.

40 Blum, S. 79.

41 Archives Nationales, Paris: Archives Félix Gouin, AJ 72 520, Doss. 5.

42 Archives Nationales, Paris: AG II 646, vgl. auch H. Cafef, *Le Sabordage de la Troisième République*, Paris 1988, S. 391.

43 Entsprechend hält Noguères fest, daß Laval vorgezogen hätte, es mit einer kleineren Versammlung zu tun zu haben. „Laval wünschte nicht, daß die Mitglieder der Nationalversammlung *en masse* eintrafen. Es war einfacher für ihn, auf eine kleinere anstatt auf eine größere Versammlung zu wirken.“ Vgl. Noguères' Tagebuch, S. 2235. Dieser Aspekt ist bedenkenswert: in mancherlei Hinsicht kann es schwieriger sein, eine Versammlung von mehreren hundert Repräsentanten zu manipulieren oder einzuschüchtern als eine kleine Gruppe. Eine Versammlung ist kollektiven und etwas unvorhersehbaren Bewegungen unterworfen. Diese intuitive Annahme erklärt teilweise, warum Baudouin (der Außenminister im Kabinett Pétain) zunächst glaubte, daß Laval's Pläne wenig Aussicht auf Erfolg hatten. Vgl. Baudouin, *Neuf mois au gouvernement*, avril – décembre 1940, Paris 1948, S. 227.

kräftigung ihrer konstitutionellen Autorität. Die Abstimmung war ein Augenblick der Entscheidung. Als solcher umfaßte dieser Moment die prinzipielle Freiheit derjenigen, die aufgerufen waren, diese Entscheidung zu treffen. Das Ergebnis war deshalb so grundlegend ungewiß, weil die Möglichkeit niemals ganz ausgeschlossen werden konnte, daß sich die Parlamentarier im allerletzten Moment dazu entschlossen, die Alternative in Zweifel zu ziehen, die Laval ihnen aufzudrängen versuchte.

Daß die Unterordnung unter Zwang immer eine gewisse Form von Billigung impliziert „gilt für ausnahmslos allen Zwang, welcher den zu Zwingenden nicht lediglich wie ein totes Naturobjekt behandelt. Auch die drastischsten Zwangs- und Strafmittel versagen, wo die Beteiligten sich ihnen schlechterdings nicht fügen.“⁴⁴ Wir können den Machttransfer in Vichy nicht verstehen, wenn wir nicht annehmen, daß diejenigen, die am 10. Juli 1940 mit „Ja“ stimmten, nicht selbst für ihre Entscheidung verantwortlich waren. Das Abstimmungsergebnis vom Juli 1940 könnte weder als konstitutioneller Akt noch als Kollektivabdankung beschrieben werden, wenn es durch schiefe Gewalt herbeigeführt worden wäre. Nur aufgrund der Tatsache, daß die Parlamentarier als Verkörperung eines politischen Souveränitätsprinzips betrachtet wurden, besaß ihre kollektive Entscheidung den Wert eines Gesetzes. Sie erließen ihr eigenes konstitutionelles Ende auf der Basis und im Namen ihrer politischen Autorität. Wäre ihnen diese Autorität entzogen worden, hätte ihre Entscheidung keine Folgewirkung gehabt. Ihre Abdankung wäre ein Nicht-Ereignis gewesen.

V. Die Bedingungen der Heteronymie. Vor dem Hintergrund der vorangegangenen Diskussion wird das Problem nun aus der Sicht des strategischen Dilemmas analysiert, mit dem die französischen Parlamentarier konfrontiert waren. Dieses Dilemma ist durch drei Merkmale charakterisiert. *Erstens* zogen beide Alternativen hohe Kosten nach sich. Die Deputierten und Senatoren hatten viel zu verlieren – egal für welche Option sie sich schließlich entschieden. Wiesen sie Lavals Ansinnen zurück, blieben sie zwar ihren politischen Überzeugungen treu, setzten sich aber zugleich Vergeltungsmaßnahmen aus. Ergaben sie sich Lavals Forderungen, konnten sie hoffen, der Repression zu entgehen, mußten aber ihr politisches Glaubensbekenntnis brechen. *Zweitens* hing für jeden einzelnen Delegierten der Nutzen seiner Entscheidung zu einem erheblichen Teil davon ab, wie sich die anderen entschieden. Widerstand zu leisten, wenn alle anderen abdankten, steigerte die Verletzbarkeit des Einzelnen gegenüber Repressionsdrohungen. Andererseits riskierte ein Votum für die Abdankung, gegebenenfalls zum Verräter zu werden, falls am Ende die Mehrheit sich doch für den Widerstand entschied. *Drittens* waren die Parlamentarier sich nicht über das Verhalten ihrer

Kollegen im klaren. Im folgenden wird gezeigt, daß dieses Dilemma für die Parlamentarier im Juli 1940 eine Schlüsselerfahrung darstellte.

Die meisten Delegierten, die in Vichy eintrafen, hatten anfänglich nicht die geringste Absicht, ihre konstitutionelle Macht abzutreten. Sie reagierten sehr negativ, als Laval für die politische Ausrichtung an den totalitären Ländern und in diesem Sinne eine Veränderung der politischen Institutionen plädierte. Schließlich waren, wie Paul-Boncour (Senator der Gauche Démocratique) in seinen Memoiren notierte, die meisten Parlamentarier „aufrichtige Republikaner“.⁴⁵ Sie sahen keinen Grund, Pétain mit einem Mandat zur Demontage republikanischer Institutionen zu versehen. Ihre erste Reaktion war, sich solchen Plänen entgegenzustellen.⁴⁶

Als Laval am Donnerstag, dem 4. Juli, auf einer Versammlung mit Senatoren knapp feststellte, daß „das politische Regime nach dem des Siegers“ ausgerichtet werden müsse, stieß er auf Überraschung und Indignation. Jean Taurines verließ die Versammlung vollkommen verblüfft.⁴⁷ Der Senatspräsident Jules Jeanneney notierte dazu in seinem Tagebuch: „Es gibt im Senat keinen Mangel an Demokraten, die den republikanischen und parlamentarischen Institutionen treu bleiben. [...] Vielleicht ist dies sogar die überwie-

45 Paul-Boncour, S. 253 f.

46 Paul Ramadier, ehemaliger Staatssekretär im Kabinett Blum von 1936, beschreibt die Situation wie folgt: „Wir trafen alle mit dem Willen aus unseren Provinzen ein, Widerstand zu leisten. [...] Die ersten Kollegen, die ich traf, waren irritiert [...] Sie erklärten, daß sie sich weigern würden, sich selbst endgültig ihrer konstitutionellen Macht zu entheben“; Ramadier, Vichy, S. 49. Paul-Boncour macht ähnliche Beobachtungen: „Wirklich, während dieser ersten Kontakte kann ich mich nicht daran erinnern, wenigstens im Senat auch nur einen getroffen zu haben, der sich den Sturz des Regimes gewünscht haben könnte“; Paul-Boncour, S. 253. Sein parteiloser Kollege Pichery schien angesichts des Regierungsvorschlags, den konstitutionellen Rahmen der Dritten Republik auszurangieren, wie vor den Kopf geschlagen: „Aber sie werden doch nicht das allgemeine Wahlrecht in Zweifel ziehen!“ Laut der Aussage Paul-Boncours „wurde ihm von beinahe all [seinen] Kollegen, die aus ihren jeweiligen Provinzen eintrafen, dieselbe Haltung mitgeteilt. [...] In keiner Weise schien jemand von diesen individuellen Freiheitsrechten lassen zu wollen, die ein paar Tage später so wenig beachtet wurden. Sie waren zweifelsohne Freunde der Ordnung, aber sicherlich nicht der ‚neuen Ordnung‘.“ Ebd., S. 252 f. Nach Paul-Boncours Ansicht wurde das Ergebnis des 10. Juli durch die „Manöver“ Lavals und seiner Verbündeten ermöglicht: „In acht Tagen ließen [diese Manöver] 569 Parlamentarier der Unterdrückung der Republik zustimmen, während nicht einmal 50 von ihnen diese Absicht verfolgten oder sich nur damit abfanden, als sie eintrafen“ (ebd., S. 254). Siehe auch Noguères' Aussage: Bevor er am 3. Juli nach Vichy abreiste, traf er sich mit verschiedenen seiner Kollegen, die aus der gleichen Region stammten (dem sozialistischen Senator Georges Pézières, dem Konservativen Jean Jacqy und dem radikalsozialistischen Senator André Maroselli). Alle stimmten darin überein, daß alles unternommen werden müsse, um zu verhindern, daß das Regime einem Diktator übergeben werde; Noguères' Tagebuch, S. 2228.

47 „Ich verließ den Versammlungsraum. Auf den Straßen, inmitten der Massen, die schon nach Vichy hereingeströmt waren, klangen mir diese vermaledeiten Worte immer noch in den Ohren: ‚Ausrichtung nach totalitären Staaten, Arbeitslager.‘“ Taurines, S. 11.

gende Mehrheit.⁴⁸ Laval wiederholte seine Ausführungen einer Gruppe Deputierter gegenüber am Nachmittag. Die große Mehrheit war „wie vor den Kopf geschlagen“.⁴⁹ In seinen Memoiren hielt Blum außerdem fest, daß alle Delegierten, die gerade erst in Vichy eintrafen, Lavals Pläne ebenfalls indignt ablehnten.⁵⁰

Am folgenden Tag, Freitag, dem 5. Juli, setzte Laval seine Offensive fort. Aber zugleich formte sich der Widerstand. Geschockt von Lavals Schmährede entwarf eine Gruppe von 25 Senatoren und ehemaligen Militärangehörigen einen Gegenvorschlag, in dem sie ihre Loyalität zum Prinzip der republikanischen Legalität betonten.⁵¹ In einem anschließenden „Informationstreffen“ von etwa 80 Deputierten bezweifelte der Deputierte Marcel Héraud (Unabhängige Linke), sowohl das Recht der Regierung, die Verfassung per Dekret zu ändern, als auch die Angemessenheit einer solchen Tat.⁵² Als Flandin, der nach seiner Ankunft in Vichy die Angemessenheit eines Zusammentritts der Nationalversammlung in Frage stellte, andeutete, daß es dringendere Aufgaben als eine Verfassungsänderung gebe, schien er ungeteilte Zustimmung zu finden.⁵³

Diese unterschiedlichen Berichte stützen Blums Behauptung, daß die meisten, die am 10. Juli die Machtübertragung billigten, eigentlich Republikaner waren.⁵⁴ Henri Becquart, ein konservativer Deputierter (*Fédération Républicaine*), war erstaunt, daß fast alle Delegierten der radikalsozialistischen Partei mit „Ja“ stimmten.⁵⁵ Becquart hatte erwartet, daß die Radikalsozialisten Lavals Gesetzentwurf wegen ihres augenfälligen Bekenntnisses zu den republikanischen Institutionen zurückweisen würden. Einige Aussagen deuten auch darauf hin, daß viele Parlamentarier Lavals Forderungen

48 J. Jeanneney, *Journal Politique*, Paris 1972, S. 88. Jeanneney selbst bekannte, Lavals „Initiative feindseliger denn je gegenüberzustehen.“ Er „machte keinen Hehl aus seiner Feindseligkeit.“ (S. 88). Albert Lebrun, der Präsident der Republik, bemerkte am folgenden Tag, daß „es eine gewisse Anzahl von Parlamentariern [gab], die unabhängig genug waren, um ihrem Unwillen in ihren Gesprächen in Restaurants oder den Korridoren Luft zu machen.“ A. Lebrun, *Témoignage*, Paris 1945, S. 104.

49 Blum, S. 68.

50 „Sie beabsichtigten, den Sturz der Verfassung mit dem Deckmantel konstitutioneller Legalität zu verhüllen. In der Tat, das war zuviel! Dementsprechend war ich nicht überrascht, von Dormoy und Thivrier zu hören, daß selbst im parlamentarischen Milieu von Vichy die ersten Reaktionen [zum Gesetzentwurf] feindselig, irritiert ausfielen. [...] Ein spontaner Widerstand fand bereits Ausdruck.“ Ebd., S. 72 f.

51 Taurines, S. 13; Paul-Boncour, S. 250 f.

52 Calef, S. 85; Beau de Loménie, *La Mort de la Troisième République*, Paris 1951, S. 372.

53 Noguères, der an der Sitzung teilnahm, in der Flandin am 7. Juli intervenierte, notierte in seinem Tagebuch: „In diesem Moment sah ich das Plenum an. Es war offensichtlich, daß die überwältigende Mehrheit der anwesenden Deputierten sich auf die Seite Pierre-Etienne Flandins schlug. Außerdem zeugte ihr Beifall von ihrer Unterstützung.“ Vgl. Noguères' Tagebuch, S. 2237.

54 Blum, S. 90 f.

55 Vgl. H. Becquart, *Au Temps du Silence*, Paris 1945, S. 255.

nur widerwillig billigten. Noguères bemerkte, daß „alle oder fast alle Senatoren den Gesetzentwurf der Regierung verabschiedeten, dies aber nur unter Seelenqualen taten.“⁵⁶ Nach der Abstimmung vom 10. Juli traf der konservative Jacques Bardoux zwei Kollegen in der Deputiertenkammer, die Sozialisten Albert Paulin und Henry Andraud: Sie „stimmten wie P. E. Flandin und ich selbst ab, aber sie teilten unsere Trauer.“⁵⁷

Diese wenigen Beobachtungen zeigen, daß die Berichte, die die Abstimmung vom 10. Juli 1940 auf den ideologischen Hintergrund der dreißiger Jahre beziehen, der durch eine nationale, antiliberalen und antimaterialistische Grundstimmung gekennzeichnet war,⁵⁸ nur eine Seite des Problems beleuchten. Diese Berichte erklären zwar die Leichtigkeit, mit der alle diejenigen, die mit der Republik nicht mehr übereinstimmten, die Option eines autoritären Regimes in Betracht zu ziehen verstanden. Sie erklären jedoch nicht, wie die große Mehrheit, die bis dahin der republikanischen Ordnung gegenüber loyal geblieben war, dazu veranlaßt wurde, ihre grundlegenden politischen Präferenzen binnen weniger Tage zu verändern. In diesem Aufsatz wird behauptet, daß ideologische Verschiebungen weniger die Ursache als vielmehr das Ergebnis eines kollektiven Prozesses strategischer Ausrichtung sind.

Die Parlamentarier, die bereit waren, Lavals Pläne zurückzuweisen, waren sich bewußt, daß sie für ihre Wahl harsch kritisiert werden würden. Einige von ihnen erwarteten sogar, die Nacht in Haft zu verbringen.⁵⁹ Den Anhängern Lavals wurde klar, wie sie dieses Klima der Besorgnis ausnutzen konnten, indem sie die Parlamentarier mit ihrer persönlichen Verantwortung konfrontierten. Ihre Strategie zielte darauf ab, das Risiko, das ihre Gegner auf sich nahmen, zu personalisieren. Kurz vor der Abstimmung über die Gesetzesvorlage am 10. Juli bat Fernand Bouisson (*Gauche indépendante*), darum, daß die Namen derjenigen, die sich der Stimme enthalten würden, im *Journal Officiel* veröffentlicht würden. Mit dieser Vorgehensweise war eindeutig beabsichtigt, Parlamentarier einzuschüchtern, die versucht gewesen sein könnten, keine Position zu beziehen.⁶⁰

Die Akteure, die gegen Lavals Vorlage opponierten, mußten sicher gehen, daß die Widerstandsbewegung stark genug sein würde, um ihr persönliches Risiko zu minimieren. Der radikalsozialistische Vincent Badie kontaktierte am 9. Juli einige Delegierte, um einen Antrag unterzeichnen zu lassen, der die Übertragung diktatorischer Macht zurückwies, die „unausweichlich zur Auflösung des republikanischen Regimes führen würde.“ Darin wurde ar-

56 Pézières pflichtete Noguères in diesem Punkt zu; Noguères' Tagebuch, S. 2256.

57 Bardoux, *Journal*, S. 405 (Zitat). Bardoux war ein Mitglied der *Groupe de l'Union démocratique et radicale* im Senat.

58 Z. Sternhell, *Neither Right nor Left*, Princeton 1996, S. XIII.

59 Moch, *Longue Vie*, S. 162; *Événements*, VII, S. 2275 (Badie); vgl. auch Sagnès, S. 558.

60 *Événements*, VII, S. 2221.

gumentiert, daß es – unter den gegebenen Umständen – notwendig sei, Marschall Pétain „alle Macht [zu gewähren], die notwendig sei, um Frieden und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.“⁶¹ Mehrere Delegierte, die von Badie kontaktiert wurden, äußerten ihr Mißfallen über diesen Satz: Sie weigerten sich, irgendjemandem unbegrenzte Macht einzuräumen. Dadurch daß sie den Antrag jedoch nicht unterschrieben, riskierten sie, die kollektive Dynamik der entstehenden Opposition zu gefährden.⁶²

In ähnlicher Weise machten sich auch die Parlamentarier, die für Lavals Gesetzesvorlage waren, Gedanken über ihre Position gegenüber ihren Kollegen. Eine Geschichte ist in dieser Hinsicht bezeichnend. Am Nachmittag des 9. Juli traf der sozialistische Deputierte Louis L'Hévéder den Abt Desgranges von der katholischen *Groupe démocrate populaire*. Die beiden repräsentierten das gleiche Department (Morbihan). Desgranges erklärte, er werde für Lavals Gesetzesvorlage stimmen, denn wenn man nicht in der Lage sei, „sich allem zu widersetzen, muß man sich eben mit allem abfinden.“⁶³ Da L'Hévéder auch mit „Ja“ stimmen wollte, bat er Desgranges, die beiden anderen Delegierten aus dem Morbihan, Ernest Pezet (*Démocrate populaire*) und Firmin Tristan (*Gauche démocratique*), ebenfalls davon zu überzeugen, für die Laval-Pétainsche Gesetzesvorlage zu stimmen: „Wenn die Abstimmung der acht Delegierten des Morbihan identisch wäre, fühlte er [L'Hévéder] sich in einer stärkeren Position gegenüber der Kritik.“⁶⁴

Die meisten Delegierten warteten zunächst einmal ab, um ein persönliches Risiko zu vermeiden. Als Badie am Abend des 8. Juli in Vichy eintraf, rieten ihm verschiedene Kollegen, sich „extrem vorsichtig“ zu verhalten: „Man müsse sich alles sehr genau überlegen, bevor man eine Entscheidung treffe.“⁶⁵ Am selben Tag traf Albert Rivière, sozialistischer Kolonialminister in Pétains Kabinett, Camille Chautemps, den radikalsozialistischen Vizepremierminister. Rivière mißfiel die Beteiligung der Linken an Pétains Regierung und er schüttelte Chautemps sein Herz aus. „Sollten nicht die Minister der Linken die Regierung verlassen?“ Chautemps erwiderte auf Rivières Vorschlag, daß die „Zeit dafür nicht günstig“ sei. „Ein antiparlamentarischer Sturzbach würde uns hinwegfegen. Die Besonnenheit erfordert, daß wir abwarten.“⁶⁶

Durch ihr Zögern, offen Position zu beziehen, verrieten die französischen Deputierten und Senatoren auch, daß sie unsicher waren, wie sich die Mehrheit entscheiden würde – und daß sie ihre Stimmabgabe davon abhängig

61 Ebd., VIII, S. 2271 (Badie).

62 Ebd., VII, S. 2224 (Boulet).

63 Abbé Desgranges, *Journal d'un prêtre député*, Paris 1960, S. 396.

64 Ebd.

65 *Événements*, VIII, S. 2270 (Badie).

66 Doss. Rivière, Archive de l'OURS, S. 4; das Memo wurde von Rivière im Jahr 1945 verfaßt.

machten. Angesichts der Zwänge, mit denen sie konfrontiert waren (die Herausforderung, die das Grundprinzip ihrer politischen Existenz in Frage stellte; und der Mangel an Präzedenzfällen), gab es jedoch keine Anhaltspunkte dafür, wie sich die anderen verhalten würden. Deshalb war jeder Konstitutionalist unter den Delegierten mit dem Problem mangelhafter Information konfrontiert.

Wie es Henri Becquart in seinen Erinnerungen ausdrückte, fühlten sich die Parlamentarier, die Widerstand leisten wollten, „isoliert und schauten in Vichy auf die anderen. Sie waren sich nicht über die Gefühle der jeweils anderen im klaren, als sie sich wieder versammelten. [...] Jeder mißtraute seinem Nachbarn. Daher waren die Befürworter des Widerstands nicht in der Lage, ihre Bestrebungen zu harmonisieren.“⁶⁷ In einem Brief an seine Tochter vom Nachmittag des 10. Juli drückte Jean-Marie Froget, ein Senator der Radikalsozialisten, seine Gefühle in einer Weise aus, die seine Verunsicherung und seine Sorge über die Entscheidung seiner Kollegen deutlich zeigte: „Die Meinungen sind so geteilt, daß ich mich für meinen Teil noch nicht entschlossen habe, wie ich abstimmen werde.“⁶⁸

Das strategische Dilemma, mit dem die Parlamentarier konfrontiert waren, resultierte jedoch nicht unmittelbar aus der wechselseitigen Abhängigkeit ihrer Entscheidungen. Es war die Unsicherheit über die eigene Entscheidung und die Entscheidung der Kollegen, die die Stimmabgabe zu einer strategischen Angelegenheit machte. Ein zentraler Faktor hierbei war die Desintegration der politischen Parteien. Die Nationalversammlung, die in Vichy zusammentrat, war durch eine extreme politische Fragmentierung gekennzeichnet; ihre Zusammensetzung exemplifizierte das, was Sartori einen „polarisierten Pluralismus“ genannt hat – d. h. ein Vielparteiensystem, das für Fragmentierung und zentrifugale Tendenzen anfällig ist.⁶⁹ Es gab in der Deputiertenkammer nicht weniger als 14 ordnungsgemäß registrierte parlamentarische Gruppierungen, die nur selten über ein Mindestmaß an Fraktionsdisziplin verfügten. Da die politischen Trennlinien quer zu Parteigrenzen verliefen, wurde die Lage noch komplizierter.

Der Zusammenbruch der innerparteilichen Kohärenz kann bis zu den Kontroversen, Konflikten und intensiven Auseinandersetzungen zurückverfolgt werden, die aus den außenpolitischen Problemen in der unmittelbaren Vorkriegszeit entstanden waren. Aus den Debatten im Umfeld der Ratifizierung des Münchener Abkommens gingen drei Lager hervor. Wichtige Teile der Rechten – die Republikanische Föderation, die Demokratische Allianz und die „bedingten Nationalisten“ (Azéma) der extrem rechten *Parti Social*

67 Becquart, S. 176; Becquart stimmte am 10. Juli mit „Ja“ ab.

68 Zit. nach Calef, S. 432.

69 G. Sartori, *European Political Parties: The Case of Polarized Pluralism*, in: J. La Palombara u. M. Weiner (Hg.), *Political Parties and Political Development*, Princeton 1966, S. 137–176, hier S. 137.

Français – sahen eine Appeasementpolitik um jeden Preis als die einzige realistische und annehmbare Lösung des Problems des deutschen Expansionsismus an.⁷⁰ Andere im nationalistischen rechten Flügel und bei den Radikalsozialisten sowie die wenigen selbsternannten sozialistischen Gruppierungen, die nicht an die *SFIO* angeschlossen waren, glaubten, daß Frankreich für einen Krieg noch nicht bereit sei und entschieden sich aus Opportunismus für das Abkommen.⁷¹ Das Gros der Opposition gegen das Münchener Abkommen bestand aus Kommunisten und ein paar Sozialisten, die überzeugt waren, daß Hitlers Ambitionen nur dadurch gezügelt werden konnten, daß man sich ihm direkt in den Weg stellte. Einige wenige Vertreter von der Rechten taten sich im Namen des Kampfes gegen den Pan-Germanismus mit dem Anti-München-Lager zusammen.

Die relative Stärke dieser drei Lager änderte sich erheblich, als Hitler unter Mißachtung bestehender internationaler Verträge in die Tschechoslowakei einmarschierte (15. März 1939). Viele von denen, die aus opportunistischen Gründen das Münchener Abkommen zuvor gebilligt hatten, riefen nun nach harten Maßnahmen, während sich die Sozialisten und die Vertreter der Rechten, die der Appeasementpolitik aus kompromißlosem Pazifismus oder Antikommunismus verpflichtet blieben, sehr zurückhielten. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt (23. August 1939) führte zu weiteren Verwerfungen. In der zweiten Septemberhälfte verurteilte die kommunistische Führung den Krieg als einen Konflikt imperialistischer Mächte.⁷² Wegen ihrer Verteidigung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts als Feind und Verräter gegeißelt, wurde die Kommunistische Partei per Regierungsdekret am 26. September 1939 aufgelöst.⁷³ Darüber hinaus zerstreute der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt die Bedenken der Konservativen, die befürchteten, daß sie durch eine Bekämpfung Deutschlands indirekt den Interessen der Sowjetunion in die Hände arbeiten würden. Dieser komplizierte Hintergrund erklärt, warum es in der Parteienlandschaft der Dritten Republik am Ende der 1930er Jahre keine klaren Grenzlinien mehr gab.

Die Umstände, unter denen die Versammlungen in Vichy stattfanden, verstärkten die politische Fragmentierung. Die Parlamentarier trafen in kleinen, isolierten Grüppchen ein. Sie waren über die ganze Stadt verteilt. Unter diesen Bedingungen war eine politische Koordination sehr schwierig. Die einzigen Delegierten, die ihre Aktionen systematisch koordinierten, waren diejenigen, die Laval's Projekt aktiv unterstützten. Sie hatten die Bergery-Erklärung unterzeichnet, welche zur Implementierung eines „nationalen und

70 Y. Lacaze, *L'Opinion publique française et la Crise de Munich*, Bern 1991, S. 323–340.

71 J.-P. Azéma, *From Munich to the Liberation, 1938–1944*, Cambridge 1984, S. 8.

72 E. Mortimer, *The Rise of the French Communist Party, 1920–1947*, London 1984, S. 285.

73 E. Bonnefous, *Histoire politique de la Troisième République*, VII, Paris 1967, S. 124; Mortimer, *Rise*, S. 285.

sozialistischen Regimes“ aufrief. Laval wiederholte in den informellen Treffen mit Parlamentariern immer wieder, daß die Parteien aufgehört hätten, zu existieren. Die Ereignisse schienen ihn täglich zu bestätigen.

In der Sitzung vom 6. Juli kamen der Sozialist Spinasse und der Konservative Bérard zur gleichen Schlußfolgerung: Die politischen Institutionen müßten reformiert werden und man müsse für die Fehler der Vergangenheit Buße tun. Der Sozialist Chasseigne versicherte sogar, daß politische Parteien nun „keinen Platz in der neuen Ordnung haben sollten, die geschaffen werden müsse“.⁷⁴ Als der Senator Taurines nach seiner Ankunft in Vichy am 5. Juli versuchte, die Opposition gegen Laval's Gesetzesvorlage zu organisieren, wandte er sich nicht an seine eigene konservative *Union Démocratique*, sondern kontaktierte stattdessen die Kriegsveteranen im Senat. Offenbar war es zu diesem Zeitpunkt einfacher, Aktionen mit den Mitgliedern der Gruppe der Veteranen im Senat zu koordinieren, als im Rahmen der Parteidelegationen zu handeln.

Die Parlamentarier, die in Vichy zusammenkamen, spürten die Desintegration der politischen Parteien. Mit Ausnahme der Sozialisten (am 8. Juli) und der kleinen rechtsextremistischen *Parti Social Français*, die nur aus acht Deputierten bestand,⁷⁵ traf sich in Vichy keine einzige Delegation, um eine gemeinsame Antwort auf Laval's Forderungen auszuarbeiten.⁷⁶ Jedermann schien mit Becquart übereinzustimmen, daß die Parteidelegationen als organisatorische und politische Einheiten nicht mehr existierten.⁷⁷ In seiner persönlichen Darstellung beschrieb Becquart, wie „die Deputierten sich [am 9. Juli] in die Logen setzten, als sie den Raum betraten. Es gab keine rechte, linke, ‚reaktionäre‘, radikale oder sozialistische Reihe mehr. Der Raum war wie eine Malerpalette, deren Farben vermischt worden waren.“⁷⁸ In dersel-

74 Vgl. Noguères' Tagebuch, S. 2231.

75 Calef, S. 361.

76 Ein flüchtiger Blick auf die Unterzeichner der verschiedenen Anträge, die in Vichy zirkulierten, zeigt, wie tiefgreifend der Zusammenbruch der Parteiunterschiede war. Die „Bergery-Erklärung“, die die Implementierung einer „sozialen und nationalen Ordnung“ forderte, erhielt 17 „Unterschriften“ und 51 „Anhänge“. Von den 17 Unterschriften kamen vier von der sozialistischen *SFIO*, drei von der *Gauche démocratique et radicale*, je zwei von der *Gauche indépendante* und der *Union socialiste et républicaine*, sowie jeweils einer von der *Alliance*, den *Indépendants*, der *Fédération républicaine* und den Radikalsozialisten. Von den „Anhängen“ dieses Antrags stammten 18 von der *SFIO*, vier von der *Union socialiste et républicaine*, drei von den Radikalsozialisten und 26 von verschiedenen Delegationen der Rechten im Parlament. Der „Badie-Antrag“, der im Gegensatz dazu zur Erhaltung des republikanischen Regimes aufrief, wurde von sieben Repräsentanten der *SFIO* Delegation gebilligt, von 12 Radikalsozialisten, von acht Mitgliedern der *Gauche démocratique* und schließlich von einem Deputierten ohne Parteizugehörigkeit, der ehemals ein Mitglied der sozialistischen Partei gewesen war (Paul Ramadier). Vgl. Noguères' Tagebuch, S. 2241.

77 Becquart, S. 155.

78 Ebd., S. 185.

ben Sitzung saß der konservative Senator Jacques Bardoux an der äußersten linken Seite des Raums, „um zu zeigen, daß die alten Parteien tot waren.“⁷⁹

Wegen des Zusammenbruchs der Parteigrenzen und der Desintegration der Fraktionsdisziplin waren die Parlamentarier noch mehr auf ihre eigene Entscheidung angewiesen. In zahllosen Berichten schrieben die Parlamentarier ihre Unsicherheit in Vichy dem Zusammenbruch des politischen Rahmens zu, der zuvor durch Parteiunterschiede strukturiert worden war. Becquart, Deputierter der Rechten (*Fédération Républicaine*), beschrieb das Phänomen in beredten Worten: „Die Szene [...] wurde durch ungeheure Unordnung bestimmt. Der Deputierte, der in Vichy ankam, hatte das Gefühl in einer herumwirbelnden Menge zu ertrinken *anstatt seinen markierten Platz in einer Gruppierung und einem Bereich der Kammer zu finden*“ [Hervorhebung IE].⁸⁰ Die Erosion der Parteistruktur machte die Parlamentarier für die Agitation Laval und seiner Verbündeten besonders anfällig: „In dem allgemeinen Durcheinander, schlecht informiert, *aus ihrer normalen Umgebung gerissen* [...] waren die Parlamentarier nach ihrer Ankunft eine leichte Beute für die Einpeitscher Laval und Aliberts [Pétains Berater]“ [Hervorhebung IE].⁸¹ Der radikalsozialistische Senator Jean Froget bezog seine Unsicherheit am 10. Juli ebenfalls auf den Zusammenbruch der Parteizugehörigkeiten: „Was wird [bei der Abstimmung] herauskommen? [...] Es gibt keine Parteien mehr.“⁸²

Bemerkenswert an der Situation in Vichy ist, daß die parlamentarischen Führer wegen des organisatorischen und politischen Zusammenbruchs der parlamentarischen Delegationen mit ähnlichen strategischen Zwängen konfrontiert waren wie die Hinterbänkler. Auch für sie waren fehlende Koordination und mangelnde Information ein Problem. Sie konnten nicht abschätzen, wie die Senatoren und Deputierten reagieren würden. Kurz bevor Blum seine Kollegen von der sozialistischen Partei am 8. Juli traf, dachte er über den mangelnden Zusammenhalt in der Parteidelegation nach: „Die Parteistatuten baten sich aus, daß ihre parlamentarischen Repräsentanten eine strikte, aber aus freien Stücken gebilligte Fraktionsdisziplin befolgen. [...] Wo stand die Mehrheit jetzt? Ich hatte keine Ahnung.“⁸³ Aus diesem Grund verursachte der Zusammenbruch der politischen Parteien in Vichy nicht nur kollektive Unsicherheit, sondern veranlaßte auch die allgemein bekannten Repräsentanten zu einer äußerst vorsichtigen Verhaltensweise.

79 Bardoux, S. 495.

80 Becquart, S. 153.

81 Ebd., S. 154.

82 In einem Brief an seine Tochter, zitiert nach Calef, S. 432. Die Sozialisten spürten dieselbe Unsicherheit; vgl. Doss. René Boudet, François Blanchon, Léon Bon, Marcel Guerret, Archives de l'OURS, Noguères' Tagebuch, S. 2236.

83 Blum, S. 75 f.

VI. *Kollektive Interaktionen und Ausrichtungsprozesse.* Die republikanischen Führer verhielten sich in Vichy auffallend zurückhaltend. Paul Reynaud, Camille Chautemps, Louis Marin, Léon Blum, Joseph Caillaux oder Albert Sarraut intervenierten nicht öffentlich. Blum rechnete nicht nur damit, daß jede Intervention seinerseits am 9. und 10. Juli zu einem Aufruhr führen, sondern auch die Uneinigkeit der Sozialisten offenlegen und so Laval's Intrigenspiel erleichtern würde.⁸⁴ Paul-Boncour bemerkte, daß im Treffen zwischen den Senatoren und Laval (6. Juli) „zu viele still blieben [...] Die Anwesenden hörten zu und sann nach, ohne offen ihre Gefühle zu zeigen.“⁸⁵ Laut Paul-Boncour war sich Caillaux bewußt, daß die Übertragung der verfassungsgebenden Macht der springende Punkt war, der die Parlamentarier zur Ablehnung des Gesetzentwurfs hätte bewegen müssen. Doch trotz seines beträchtlichen Einflusses im Senat schwieg Caillaux.⁸⁶

Sofern sie nicht ebenfalls schwiegen, nahmen die parlamentarischen Anführer Positionen ein, die man leicht als Bereitschaft deuten konnte, sich mit den Forderungen von Laval und Pétain nach der verfassungsgebenden Macht zu arrangieren. Am Morgen des 9. Juli eröffnete Edouard Herriot, der Präsident der Deputiertenkammer, eine außerordentliche Sitzung, indem er die Namen der gefallenen Mitglieder verlas. Im Lichte solcher Opfer betrachtet, fuhr Herriot fort, könne man nur mit Befremden auf die Leidenchaften reagieren, die jetzt zu Tage träten. Die Gegenwart solle nicht eine Zeit der Gerechtigkeit sein, in der nach den Verantwortlichen für die Katastrophe gesucht werde, sondern eine Zeit der Trauer. Herriot beendete seine kurze Rede, indem er Marschall Pétain seine Anerkennung zollte: „Um die Person des Herrn Marschall Pétain und in der Ehrerbietung, die sein Name in uns allen hervorruft, ist unsere Nation in ihrer Not versammelt. Laßt uns darauf achten, nicht die Harmonie zu stören, die unter seiner Autorität etabliert wurde.“ Reformen seien nun das Gebot der Stunde: „Wir müssen nun dort eine strengere Republik aufbauen, wo wir vorher eine zu leichtsinnige errichteten.“⁸⁷ Diese Beschwörung zitierte eine Rede Pétains, die jener zwei Wochen zuvor gehalten hatte und in der er eine nationale Regeneration gefordert hatte.⁸⁸ Im selben Satz versicherte Herriot aber wiederum, daß die Prinzipien der Republik all ihre Tugenden behielten.⁸⁹

Jeanneney's Rede anläßlich der Sitzungseröffnung des Senats am Nachmittag des 9. Juli war nicht weniger zweideutig. „Ich versichere den Herrn Marschall Pétain unserer Ehrerbietung und der großen Schuld, in der man bei ihm

84 Ebd., S. 88 f.

85 Paul-Boncour, S. 266.

86 Ebd., S. 257.

87 Journal Officiel, Débats Parlementaires Nr. 42, Chambre des Députés, 9.7.1940, S. 814.

88 Vgl. Pétains öffentliche Erklärung vor der Unterzeichnung des Waffenstillstands (20. Juni): „Der Vergnügensgeist gewann Vorrang vor dem Opfergeist. Anstatt lieber zu dienen stellte man Forderungen. Man wollte sich Mühe ersparen und erlebt heute das Unglück.“

89 Journal Officiel, Débats Parlementaires Nr. 42, Chambre des Députés, 9.7.1940, S. 814.

für dieses neue Geschenk seiner Person steht.“ Unter Anspielung auf die „Fehler“, die von seiner Generation begangen worden seien, hoffte Jeanneney für die Zukunft, „daß dem Land eine neue Seele geschmiedet werde und [...] durch die Autorität moralischer Werte die Autorität an sich wiederhergestellt werde“.⁹⁰ Bezeichnenderweise enthüllt der Senatspräsident in seinem *Politischen Tagebuch*, daß der erste Entwurf der Rede, die er am 9. Juli halten sollte, auch auf die militärische Verantwortung für die Niederlage hinwies. Jeanneney fürchtete jedoch, daß seine öffentliche Äußerung „viele Senatoren, sogar die Wohlwollenden, aufregen“ könnte. Der Entwurf, den er vorbereitet hatte, „würde nicht den Standpunkt der Senatoren wiedergeben“ [Hervorhebung IE]. Da er sich an dem orientierte, was er für die Kollektivmeinung seiner Senatorenkollegen hielt, verwarf er die erste Version seiner Rede und ersetzte sie durch eine andere, „weniger explosive“.⁹¹

Der dritte Repräsentant, der zu dem von Laval vorgelegten Gesetzentwurf Stellung nahm, war der Führer der rechten *Alliance Démocratique* und Ex-präsident des Ministerrats, Pierre-Etienne Flandin. Wie bereits erwähnt, hatte Flandin bei seiner Ankunft in Vichy am 7. Juli die Idee einer konstitutionellen Reform kritisiert und vorgeschlagen, man möge Marschall Pétain anstelle Lebruns zum Präsidenten der Republik machen. Während einer Geheimsitzung, die am Morgen des 10. Juli stattfand, erinnerte er an die Vorbehalte, die er über den Regierungsvorschlag geäußert hatte und teilte seine Furcht mit, daß Frankreich „nazifiziert“ werden könnte.⁹² Wer an der Sitzung teilnahm, verstand seine Ausführungen als prorepublikanisches Bekenntnis.⁹³ Überraschenderweise beendete Flandin seine Rede jedoch mit einem emotionalen Appell, dem Vorschlag der Regierung ohne Rückhalt zu folgen.⁹⁴ „Er widerrief die Position, die er eingenommen hatte.“⁹⁵

In Flandins paradoxen Äußerungen vom 10. Juli werden die strategischen Zwänge sichtbar, die durch die Desintegration der politischen Parteien hervorgerufen wurden: Er hatte versucht, eine politische Lösung auszuhandeln, die eine Verfassungsänderung unnötig machte. Diese Verhandlungen blieben ohne abschließendes Ergebnis. Außerdem hatten andere politische Führer

90 Journal Officiel, Débats Parlementaires Nr. 42, Sénat, 9.7.1940, S. 352.

91 Jeanneney, S. 95 f.

92 „Etwas in ihrer Rede beunruhigt mich, Monsieur Laval: Es ist diese Anspielung auf die Notwendigkeit, sich an anderen Regimen auszurichten, die Sie gemacht haben“; *Événements*, I, S. 496.

93 Aus Badies Sicht „glorifizierte“ Flandins Rede „den demokratischen Geist und die Republik.“ Vgl. *Événements*, VIII, S. 2273. Blum beschrieb das Ereignis in seinen Memoiren wie folgt: „Von den Männern, die im öffentlichen Leben eine wichtige Rolle spielten, äußerte nur einer seine Meinung; oder – um mich präziser auszudrücken – es wurde nur eine Stellungnahme toleriert. [...] Der Mann, den ich meine, ist Monsieur Pierre-Etienne Flandin“; Blum, S. 89.

94 *Événements*, I, S. 496.

95 Noguères' Tagebuch, S. 2252.

keinen Widerspruch gegen die Zustimmung zum Gesetzentwurf erhoben. Der Ausgang des Spiels schien klar zu sein. Unter diesen Umständen implizierte der Widerstand gegen den Gesetzentwurf das Risiko der politischen Ächtung.

Dieses Verblassen der parlamentarischen Führer trug zum Unsicherheitsgefühl der französischen Deputierten und Senatoren bei. Viele von ihnen betonten, daß es ihnen an Direktiven seitens der Partei mangelte und daß sie sich desorientiert fühlten. Da ihre Führung schwieg, besaßen sie keine klaren politischen Vorgaben. Sie hatten das Gefühl, ihre politische Orientierung zu verlieren. Unter Verweis auf seinen Erfahrungsmangel im politischen Milieu erklärte der sozialistische Deputierte Toussaint Franchi, daß er es „für klug gehalten habe, der gleichsam einstimmigen Entscheidung [seiner] Genossen aus der Region Bouches-du-Rhône zu folgen, die er für erfahrener als [sich selbst] gehalten habe, da [er] keine Anweisung von der Partei erhalten habe“. Seine Aussage verdeutlicht die oben skizzierte „Heteronomie“ der Situation: Für ihn war seine Stimmabgabe „nicht Ausdruck [seiner] persönlichen Gefühle, Ausdruck [seiner] Gedanken.“⁹⁶

Entscheidend ist jedoch, daß die Parlamentarier die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Mehrheit ihrer Kollegen für einen Verzicht auf ihre verfassungsgebende Autorität entscheiden würde, letztlich danach beurteilten, wie sich die Führungspersönlichkeiten des Parlaments verhielten. Schließlich interpretierten sie das Schweigen und die Ausflüchte dieser öffentlichen Akteure als Zeichen, daß ihre Kollegen höchstwahrscheinlich die Forderungen billigen würden, die von Laval und Pétain erhoben wurden. Die Würfel fielen am Morgen des 10. Juli, als klar wurde, daß kein bedeutender Führer gegen die Pläne opponieren werde. Bis sie jedoch diesen impliziten Konsens erreichten, durchliefen die Parlamentarier als Kollektiv beträchtliche Meinungsumschwünge.

Eine sorgfältige Prüfung der Chronologie und der Aussagen der Teilnehmer legt nahe, daß die Situation nicht nur bis zum Schluß ziemlich offen war, sondern auch, daß es drei kritische Momente gab, in denen eine Politik, die gegen Lavals Vorhaben gerichtet war, die Oberhand hätte gewinnen können. Der erste dieser Momente trat ein, als Flandin am 7. Juli öffentlich seine Bedenken über den Gesetzentwurf der Regierung äußerte. Um die Wirkung zu beurteilen, die Flandins öffentliche Stellungnahme hervorrief, ist es sinnvoll, sich den Kontext in Erinnerung zu rufen. Wie bereits erwähnt, waren

96 Vgl. Doss. Toussaint Franchi, Archives de l'OURS. Roger Lefèvre, ein weiterer sozialistischer Deputierter, der für Lavals Gesetzentwurf stimmte, beschrieb die Situation wie folgt: „die politischen Gruppen sind in einem Zustand vollständigen Durcheinanders. Léon Blum sagt mir, daß es kein Vorbereitungstreffen vor der Abstimmung geben wird: jedermann ist mit seiner Wahl sich selbst überlassen – ohne irgendwelche Informationen.“ Brief an den Vorsitzenden des nationalen Widerstandsrats vom 27.9.1944, Doss. Roger Lefèvre, Archives de l'OURS.

die Parlamentarier geschockt und aufgebracht über Laval's Aufrufe vom 4. und 5. Juli, sich politisch den totalitären Staaten anzupassen. Ihre anfänglichen Reaktionen waren solche des „spontanen Widerstands“.⁹⁷

Am 6. Juli nahmen die Ereignisse für Laval eine günstigere Gestalt an. In der Deputiertenkammer erhielt Laval die spektakuläre Unterstützung Charles Spinasse's, eines sozialistischen Deputierten und ehemaligen Ministers Léon Blum's.⁹⁸ Nachdem er seine Stellungnahme mit einem Aufruf zur Selbstentsagung der Parlamentarier begonnen hatte, empfahl Spinasse einen vollständigen Bruch mit der Vergangenheit.⁹⁹ Der rechtsextremistische Xavier Vallat (*Fédération Républicaine*) antwortete auf diese unerwartete Rede mit einem Appell, die Parteigrenzen zu überschreiten und sowohl „Menschen“ als auch „Institutionen“ zu verändern.¹⁰⁰ Beide Erklärungen „erregten großes Aufsehen“ unter den Parlamentariern.¹⁰¹ Laval schien kurz davor zu stehen, sein Spiel zu gewinnen.¹⁰²

Als jedoch Pierre-Etienne Flandin am nächsten Tag (Samstag, 7. Juli) in einer informellen Versammlung der Deputiertenkammer öffentlich gegen den Gesetzentwurf der Regierung opponierte und vorschlug, Pétain zum Präsidenten zu wählen, billigte das Plenum seinen Vorschlag „einstimmig“.¹⁰³ Es schien, als ob die Hinterbänkler nur auf diese Gelegenheit gewartet hätten, um ihr Mißfallen zu artikulieren. Parallel dazu entschied sich eine Gruppe von Veteranen im Senat, einen Gegenvorschlag zu lancieren, der das Ausmaß des Machttransfers einschränken sollte.¹⁰⁴ Die Opposition schien allmählich Gestalt anzunehmen.¹⁰⁵ Als Noguères am nächsten Tag gegen drei Uhr nachmittags den Raum betrat, in dem Laval sich in Kürze an die Deputierten wenden würde, bemerkte er den Stimmungswandel, der sich binnen der letzten drei Tage ereignet hatte: „Hier sind wir, treffen uns während des Tages wieder im kleinen Kasino. Der Raum ist der gleiche wie am 5. Juli, aber was für ein Unterschied!“¹⁰⁶ Der Stimmungsumschwung hing

97 Blum, S. 72.

98 Spinasse war Wirtschaftsminister in der ersten Regierung Blum (Juni 1936 bis Juni 1937) und Finanzminister im kurzlebigen zweiten Kabinett Blum (März 1938).

99 „Das Parlament wird die Schuld für die Fehler aller übernehmen. Diese Kreuzigung ist erforderlich, um zu verhindern, daß das Land den gewaltsamen Ausbrüchen der Anarchie verfällt. Es ist unsere Pflicht, der Regierung zu ermöglichen, eine unblutige Revolution durchzuführen. [...] Wir müssen einen neuen Glauben haben, der auf neue Werte gegründet ist.“ *Le Temps*, 4.7.1940.

100 *Le Temps*, 7.7.1940.

101 Aron, S. 88; Dreyfus, *Histoire*, S. 187; Becquart, S. 137.

102 Aron, S. 90.

103 Noguères' Tagebuch, S. 2237.

104 Paul-Boncour, S. 268; Taurines, S. 17.

105 Nach der Ansicht des Senators François Labrousse von den Radikalsozialisten, der am 10. Juli mit „Nein“ stimmte, wäre Laval nicht in der Lage gewesen, am 7. Juli über eine Mehrheit der Stimmen zu verfügen. Vgl. Sagnès, S. 559.

106 Noguères' Tagebuch, S. 2239.

von mehreren Faktoren ab: Erstens von der Gegenposition, die Flandin eingenommen hatte; zweitens von dem Umstand, daß die Neuankömmlinge ihre Absicht offen zeigten, sich nicht durch „Überredung guillotiniert“ zu lassen, und drittens von der Gewißheit, daß der Senat nicht „mitmachen“ würde (wie an dem Antrag der Veteranen unschwer abzulesen war).¹⁰⁷

Unter den Neuankömmlingen, auf die sich Noguères bezog, befand sich eine Gruppe von bretonischen Repräsentanten, die zusammen direkt von ihren Départements angereist waren und in Vichy am Morgen des 8. Juli eintrafen. Diese Repräsentanten waren „angeekelt“ von den Bestimmungen des Waffenstillstands und den Plänen der Regierung Laval-Pétain.¹⁰⁸ Becquart bemerkte, daß sie „so verärgert über die Kapitulation und die beleidigenden Anklagen, die Laval gerade gegen Großbritannien vorzubringen begann, [in Vichy] eintrafen,¹⁰⁹ daß wir für eine Weile glaubten, daß ihre Reaktion die *latente Opposition herauskristallisieren* werde“ [Hervorhebung IE].¹¹⁰ Laval trug die Motive für den Gesetzentwurf der Regierung vor. Seine Präsentation wurde mehrmals durch Unmutsbekundungen unterbrochen.¹¹¹

In den nächsten zwei Tagen änderte sich das Klima jedoch einschneidend. Ein informeller Konsens zugunsten einer zustimmenden Entscheidung entstand. Die kollektive Resignation, die während dieser zwei Tage vorherrschte und die Parlamentarier zu lähmen schien, steht im Gegensatz zu der Entschlossenheit, die sie bei ihrem Widerstand gegen Laval's Gesetzentwurf am 7. und 8. Juli an den Tag gelegt hatten. Ich beziehe diesen Sinneswandel auf das Verhalten der parlamentarischen Führer und die Positionen, die sie öffentlich bezogen. Wie bereits erwähnt, waren die Stellungnahmen Edouard Herriots und Jules Jeanneney's (der beiden Präsidenten der Deputiertenkammer bzw. des Senats) am 9. Juli doppeldeutig. Ihre öffentlichen Äußerungen markierten den zweiten Wendepunkt des Entscheidungskampfes, der in Vichy stattfand.

Viele Berichte beziehen sich auf diese Stellungnahmen. Georges Bouilly, ein Senator der Radikalsozialisten, deutete an, daß „die letzten Zweifel der Parlamentarier erschüttert wurden, als die zwei Vorsitzenden, Herriot und Jeanneney, die ‚großen Tugenden‘ [Pétain's] betonten, um ein Vertrauensvotum zu rechtfertigen.“¹¹² Für den sozialistischen Deputierten René Boudet bestimmte „der dynamische Aufruf des Vorsitzenden Herriot zugunsten des Marschalls“ seine Entscheidung – „ein Aufruf, den man allzu leicht über-

107 Ebd.

108 Blum, S. 83.

109 Laval warf mehrmals England vor, Frankreich in den Krieg gezogen zu haben. Darüber hinaus griff eine britische Flotte am 3. Juli 1940 die in Mers-el-Kebir ankernden französischen Schiffe an, wobei mehrere sanken und über tausend Männer den Tod fanden. Laval benutzte dieses Vorkommnis, um feindselige Gefühle gegenüber England zu schüren.

110 Becquart, S. 169.

111 Vgl. Bardoux, S. 400; Becquart, S. 174.

112 G. Bouilly, *Mémoire à mes Juges*, Paris 1945, S. 16.

sieht und der viele der Unentschiedenen mit sich fortriß, weil er von solch einem angesehenen Mann stammte“.¹¹³ Der radikalsozialistische Deputierte Lucien Galimand, gerade erst aus seiner militärischen Einheit entlassen, drückte sich emphatischer aus: „Man konnte berechtigterweise [von Herriot] einen überraschenden Appell mit einer revolutionären Inspiration erwarten. Dies war [...] die letzte Hoffnung vieler. Aber was hielt er? [...] Eine akademische Lobrede über die Deputierten, die gefallen waren[...] Die Versammlung war enttäuscht. Der Aufschrei der Verzweiflung, [...] die Ratschläge und Anordnungen, die sie erhofft hatte: der Präsident war dazu unfähig. Er war majestätisch, hatte aber resigniert.“¹¹⁴

In der Sitzung der Nationalversammlung am nächsten Morgen (10. Juli), die hinter verschlossenen Türen stattfand, nahm der Sammlungsprozeß für den Regierungsentwurf feste Gestalt an. Pierre-Etienne Flandin, ging ans Rednerpult. Viele waren von seiner Warnung vor einer Ausrichtung nach den totalitären Ländern ergriffen. Verschiedene Berichte zeigen, daß diese Rede eine tiefschürfende Wirkung auf die Nationalversammlung hatte.¹¹⁵ Badie, Radikalsozialist, und Blum bemerkten, daß Flandin die Zustimmung des Plenums erhielt.¹¹⁶ Flandin vermittelte „die Gefühle, die zwar mehr oder weniger versteckt und gezügelt, aber nichtsdestotrotz tief in unseren Herzen und unseren Gewissen unbeirrt fortbestanden. Der Ausdruck, den er diesen Gefühlen verlieh, rief gelegentlich einen vorübergehenden Erleichterungs-, ja, beinahe Befreiungseffekt hervor.“¹¹⁷

Dieser Moment war ebenfalls ein Wendepunkt. Flandin hätte die Situation noch einmal umdrehen können, wäre er bei seiner prorepublikanischen Position geblieben.¹¹⁸ Sein „letzter Aufruf“ aber „vervollständigte das Werk der Lavalschen Propagandisten.“¹¹⁹ Dieser „Aufruf“ zugunsten des Gesetzentwurfs der Regierung war um so wirksamer, als Flandin drei Tage zuvor die entgegengesetzte Position eingenommen hatte.¹²⁰ Es verstärkte die Erwartungen, daß die überwiegende Mehrheit der Nationalversammlung am Nachmittag für den Gesetzentwurf stimmen würde. Ein Journalist berichtete, daß „viele Parlamentarier nach der Sitzung eilig bemüht waren, Pierre-

113 Doss. Roger Lefèvre, Marcel Guerret, Georges Monnet, Gaston Allemane, Archives de l'OURS; Badie, S. 47.

114 L. Galimand, *Vive Pétain! Vive de Gaulle!*, Paris 1948, S. 49.

115 Gros, S. 60; Blum, S. 89 f.; Lebrun, S. 108; Becquart, S. 231 f.; Martin du Gard, S. 54 f.; Noguères' Tagebuch, S. 2251 f.

116 Badies Aussage, *Événements*, VIII, S. 2273; Blum, S. 89 f.

117 Blum, S. 89–90.

118 Laut der Aussage von Noguères hatten Flandins Äußerungen über die Humanität des Individuums und die Würde der Freiheit „einen beträchtlichen Effekt“, weil sie sich „so unterschiedlich von dem anhörten, was [die Parlamentarier] sich so viele Tage angehört hatten.“ Vgl. Noguères' Tagebuch, S. 2252.

119 Blum, S. 89.

120 Dieses Argument stammt von Louis Noguères; vgl. Noguères' Tagebuch, S. 2252.

Etienne Flandin selbst wissen zu lassen, daß seine Rede ihre Entscheidung verändert habe.“¹²¹ Für Bardoux war Flandins Umkehr vom 10. Juli ein klares Zeichen für eine einstimmige zukünftige Entscheidung.¹²² Die Deputierten und Senatoren, die ihm am Ende seiner Rede Applaus spendeten, feierten tatsächlich den Mann, der gerade seine Verbundenheit mit den republikanischen Prinzipien noch einmal bekräftigt und zugleich den Gesetzentwurf der Regierung gebilligt hatte.

Deshalb traf Laval auf keine Opposition: Kein Parteiführer erhob sich, um seinen Versicherungen und programmatischen Stellungnahmen entgegenzutreten. Die Veteranen-Senatoren zogen ihren Vorschlag zurück. Herriot und Jeanneney nahmen eine vorsichtige, neutrale Position ein. Flandin schwankte und schloß sich schließlich dem Regierungsentwurf an. Die anderen Delegations- und Parteiführer (Léon Blum, Paul Reynaud, Camille Chautemps, Louis Marin, Albert Sarraut, Joseph Caillaux) verharrten in Schweigen. Zu Beginn der Nachmittagssitzung erhielt „Laval seine Mehrheit, aber er [wollte], daß sie beeindruckend sei“.¹²³ Louis Gros merkte in seinen Memoiren an, daß es Laval „gelungen war [...] eine Atmosphäre zu schaffen, die seinen Vorschlag begünstigte und dementsprechend im Begriff zu sein schien, eine große Mehrheit zu gewinnen.“¹²⁴ Die Würfel waren gefallen. Als die Abstimmung näherrückte, baten verschiedene Parlamentarier Badie, dessen Antrag sie zuvor unterschrieben hatten, ihre Namen zu tilgen.¹²⁵

VII. Fazit. Ich habe versucht, die Bedingungen zu bestimmen, unter denen zufällige Geschehnisse kollektive Verhaltensweisen und Prozesse der Entscheidungsfindung signifikant zu verändern vermögen. Zufällige, triviale öffentliche Ereignisse lösen Meinungs- und Erwartungsumschwünge großen Ausmaßes aus, sofern in einer Situation kollektiver Unsicherheit Akteure dadurch veranlaßt werden, Annahmen über das wahrscheinliche Verhalten ihrer Kollegen zu treffen. Diese Beobachtung hat Folgen für die Art und Weise, wie wir historische Kontingenz konzeptionalisieren: historische Ereignisse können nicht nur im Sinne gleicher Wahrscheinlichkeit als „kontingent“ bezeichnet werden, sondern auch in dem Sinn, daß die Ereignisse durch zufällige und willkürliche Geschehnisse geprägt und geformt werden. Zugleich zeigt diese Beobachtung auch, daß historisch kontingente Ereignisse in „Wendepunkt-Situationen“ zu signifikanten kausalen Verursachungen werden können: Die Akteure entscheiden sich für einen Handlungsweg

121 Artikel von Charles Morice in *Le Petit Parisien*, 11.7.1940; zitiert nach Calef, S. 426.

Dasselbe bei Auriol, S. 125.

122 Bardoux, S. 405.

123 Auriol, S. 127.

124 Gros, S. 59.

125 *Événements*, VIII, S. 2271 (Badie).

in Abhängigkeit davon, wie sie das Verhalten der Mitglieder ihrer Referenzgruppe einschätzen.

Die kollektive Abdankung vom 10. Juli 1940 in Vichy veranschaulicht diese Gesichtspunkte. Die Situation stellte eine beträchtliche Herausforderung dar und die Koordination wurde durch die politische Fragmentierung erschwert. Die Parlamentarier waren also gezwungen, ihre eigene Position festzulegen, ohne diejenige ihrer Kollegen zu kennen. Sie fanden sich damit ab, Pétain die verfassungsgebende Macht zu übertragen, als sie erwarteten, daß sich die überwiegende Mehrheit ihrer Kollegen in diesem Sinne entscheiden würde. Die Ambivalenz, die von den prominenten Figuren des republikanischen Lagers im Entscheidungsfindungsprozeß an den Tag gelegt wurde, war von zentraler Bedeutung für die Entstehung solcher kollektiver Erwartungen. Die Ambivalenz der Führer spiegelte deren eigene strategische Unsicherheit in einer Situation wider, die durch spezifische strukturelle Zwänge geprägt war: Die Parteidelegationen brachen unter den politischen Friktionen der Vorkriegszeit, die quer zu den Parteigrenzen verliefen und durch die Niederlage verschärft worden waren, zusammen. Die Position der republikanischen Führer wurde durch die strukturellen Zwänge der Situation jedoch nicht derart determiniert, daß keine Alternative möglich gewesen wäre: An verschiedenen kritischen Stellen reichten die öffentlichen Vorbehalte, die von führenden Republikanern geäußert wurden, beinahe aus, einen kollektiven Widerstand gegen das „Ereignis Vichy“ zu initiieren.

(Übersetzt von Marian Richling)

Prof. Dr. Ivan Ermakoff, University of Wisconsin Madison, Dept. of Sociology, 8128 Social Science Building, 1180 Observatory Drive, Madison, WI 53706-1393/USA

„Die Ereignisse marschieren schnell“

Die Schweiz im Sommer 1940

von Jakob Tanner

Das „Katastrophenzeitalter“, als das Eric J. Hobsbawm die erste Hälfte des „kurzen 20. Jahrhunderts“ bezeichnet, war eine Phase des kriegsbedingten Zusammenbruchs und des krisenhaften Umbaus europäischer Staaten.¹ Demgegenüber ist die Kontinuität der *Confoederatio Helvetica* frappant. Seit seiner Gründung im Jahre 1848 entwickelte sich der schweizerische Bundesstaat auf geordneten Bahnen und zerbrach zu keinem Zeitpunkt an einer innenpolitischen Herausforderung oder einer militärischen Intervention von außen.² Dennoch war die Schweiz alles andere als eine Insel im Strom gesellschaftlicher Modernisierung. Ohne daß die regionalen und nationalen Unterschiede vollständig eingeebnet worden wären, zeichnet sich seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert über alle machtpolitischen Verwerfungen hinweg ein „Weg zu einer europäischen Gesellschaft“ ab.³ Die Schweiz war Teil dieses Prozesses, wobei das Paradox des neutralen Kleinstaates darin besteht, daß er während des kurzen 20. Jahrhunderts trotz dieser Modernisierungskonformität anders zu sein glaubte und sich deshalb für

- 1 E. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995; zur Problematisierung dieses Ansatzes siehe: M. Hettling, Der Mythos des kurzen 20. Jahrhunderts, in: Saeculum 49.1998, S. 327–345.
- 2 Zur Entwicklung des schweizerischen Bundesstaates vgl. u. a. B. Studer (Hg.), Etappen des Bundesstaates. Staats- und Nationsbildung der Schweiz, 1848–1998, Zürich 1998.
- 3 Der Säkularisierungsprozeß, der die Erosion religiös-sozialmoralischer Milieus zur Folge hatte, die Transformation des kapitalistischen Klassenantagonismus durch eine Massenkonsumgesellschaft, die Amerikanisierung der Lebenswelt und der Bedeutungszuwachs der Freizeit, die steigende Lebenserwartung und der Aufbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme, die Etablierung neokorporatistischer Entscheidungsprozesse und die Einbindung des Nationalstaates in suprastaatliche Institutionen: das sind nur einige Stichworte, welche die Richtung dieses länderübergreifenden Vorgangs bezeichnen. Vgl. dazu: H. Kaelble, Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880–1980, München 1987. G. Therborn, Die Gesellschaften Europas 1945–2000. Ein soziologischer Vergleich, Frankfurt 2000 konstatiert „in Ost- und Westeuropa [...] eine parallel verlaufende Entwicklung“ und – innerhalb Westeuropas – eine „Konvergenzbewegung“, die sich schon vor der Schaffung der EWG gezeigt habe. Er weist jedoch eine auf einer globalen Modernisierungstheorie basierende Konvergenzthese zurück und betont die Unterschiede zwischen europäischen und anderen Varianten der Moderne (S. 372). Zu dieser Problematik vgl. auch: S. Lessenich u. I. Ostner (Hg.), Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive, Frankfurt 1998; B. Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt 1984.